

# Danziger Wandes 90 Zeitung

Westpreußisches Volksblatt

Danziger Volksblatt

**Besitzpreis:** Durch Ausländer oder Zweigstellen monatlich 2.50 D.G., durch die Post im Kreisamt und Deutschland 3.00 G., nach Pommern 3.50 G., durch Träger 4.00, durch Post 4.25 G., nach Polen nur unter Gewalt 8.25 G., Einzelkreis 0.15 G., bzw. 0.25 G. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsförderung oder Streik hat der Bezieher oder Unternehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang verstopft oder nicht erscheint. Unverlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeleistet.

Anzeigen für den Freistaat Danzig  
Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatlänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“.

**Zeigenvorlage und Bedingungen:** Die einzige Millimeterseite (31 mm breit) oder der Raum im Umgangsteil 10 Pf. im Reklameteil (33 mm breit) 50 Pf. Anstandspreise, Beilagen und Rabatte nach Tafel. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Platz- und Terminvorwürfe sowie telefonische Bestellungen und Abschreibungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unentzifferbarer Manuskripte oder tel. Anfrage keine Gewähr. Bei verzögterer Zahlung konkurrieren Berechnungen und gerichtliche Verhandlungen kein Rabatt. Gerichtsstand für beide Teile Danzig.

## Neuer großer Beamtenstab in Preußen

### Personalveränderungen in der allgemeinen und in inneren Verwaltung.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das preußische Staatsministerium in seiner Sitzung am 24. April unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Göring folgende Personalveränderungen beschlossen:

Es werden ernannt:

Der Oberverwaltungsgerichtsrat Larenz zum Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht; der vertretungswise mit der Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Neuruppin beauftragte Regierungsrat Klemm zum Polizeipräsidenten.

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 26. Februar 1919 werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes

sofort einzuweilen in den Ruhestand versetzt:

der Regierungspräsident in Magdeburg, Sacharow, der Regierungspräsident in Köln, Eifgen; die Landräte von Detmold in Osnabrück, Regierungsbezirk Osnabrück, Seesen in Darleben, Regierungsbezirk Gumbinnen, Börger in Melschede, Regierungsbezirk Arnsberg, Dasselmann in Lünen, Regierungsbezirk Breslau, Dr. Schwenzer in Namslau, Regierungsbezirk Aachen, Seemann, in Sangerhausen, Regierungsbezirk Merseburg, Neumann in Bischöfswerd (Kr. Nördlingen), Regierungsbezirk Altena, Dr. Jorn in Osterburg, Regierungsbezirk Magdeburg, Zimmermann in Wehnsfelde, Regierungsbezirk Merseburg, Fleisch in Erkelenz, Regierungsbezirk Aachen, Dr. Thiemer in Solingen, Regierungsbezirk Magdeburg, Dr. Pohl in Trier, Regierungsbezirk Trier, Pöhlmann in Kölln (Kr. Eichsfeld), Regierungsbezirk Merseburg, Delius in Gelhausen, Regierungsbezirk Kassel, Paul in Mühlhausen, Regierungsbezirk Erfurt, Dr. Löb-Caldenbach in Hamm, Regierungsbezirk Hannover, Dr. Boden in Altenkirchen, Regierungsbezirk Koblenz, Dr. Höbe in Bonn, Regierungsbezirk Köln.

Zu Regierungspräsidenten werden ernannt

durchgeholt der Zustimmung des Provinzialausschusses und zunächst mit der kommissarischen Verwaltung der Regierungspräsidenten betraut; in Magdeburg der Regierungsrat beim Oberpräsidium in Charlottenburg, Dr. Nicolaï, in Köln der Regierungsvizepräsident Dr. zur Bonzen.

Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes werden beauftragt:

In Altenkirchen, Regierungsbezirk Koblenz, der Regierungspräsident beim Polizeipräsidium in Wuppertal, Dr. Gorges, in Bonn, Regierungsbezirk Köln, der Landrat Dr. Saarmann in Gummersbach, in Wesseling, Reg.-Bez. Erfurt, der bisher vertretungswise mit der Verwaltung des Landratsamtes beauftragte Regierungsrat Hüter, in Hoyerswerda, Regierungsbezirk Liegnitz, der Regierungsrat Dr. Schmieg, letzter unter Aufhebung des Beschlusses über seine Entsendung als kommissarischer Landrat nach Bunzlau.

Es werden ernannt:

Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Hildesheim, Denide, zum Regierungsdirektor in Schleswig, der Vizepräsident des Provinzialkollegiums in Kassel Sonntag, zum Regierungsdirektor und Leiter der Abteilung für das höhere Schulwesen beim Oberpräsidium in Kassel. Ihren Regierungspräsidenten werden mit Wirkung vom 1. April 1933 für die auf sie übergegangenen Aufgaben der Regierungsdirektion für direkte Steuern, Domänen und Forsten folgende Regierungsdirektoren und bisherigen Leiter dieser Abteilungen zugewiesen:

Tiemann in Königsberg, Mühlendorf in Gumbinnen, Röbbelen in Allenstein, Wieder in Potsdam, v. Hellermann in Frankfurt/Oder, Bod in Stettin, Dr. Liebich in Köslin, v. d. Hagen in Schnellmühl, Dr.

### Professorenbeurlaubungen an den preußischen Hochschulen

Berlin, 25. April. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Kultusminister Rüst bis zur endgültigen Entscheidung auf Grund des Beamten-gesetzes folgende Professoren beurlaubt:

In der Universität Frankfurt (Main): Salomon Mennicke, M. Wertheimer, Strupp, Bell, Pribram, Richard Koch, Gläser, Blechner, Sommerfeld, Walter Fränkel, Fritz Meyer, Ernst Kahn, Neumark, Ernst Cohn, Braun, Ludwig Wertheimer und Ulrich;

an der Universität Marburg (Lahn): Gröppel, Jacoby;

an der Universität Göttingen: Honig, Conrath, Born, Emmy Noether, Bernstein, Bondi;

an der Universität Königsberg i. Pr.: Prof. Hensel; eine Wiederverwendung von Professor Hensel ist in Aussicht genommen; an der Handelshochschule Königsberg i. Pr. die Professoren Rogowsky, Häusler und Kürbs;

an der Universität Kiel: die Professoren Cohn, Meijer, Adolf Fraenkel, Hüssler, Stenzel, Liepe, Nauch, Schücking Opet. — Weher Professor Harms (Kiel) und Professor von Hentig (Kiel) bleibt Verfügung vorbehalten.

Weitere Beurlaubungen werden folgen. Außer den Beurlaubungen behält sich das Kultusministerium vor in der nächsten Zeit zur Umgestaltung der Hochschulen und zur Wiederherstellung ihres holdenständigen Charakters vor allem an den Grenzuniversitäten Breslau, Kiel, Königsberg eine Reihe von Veränderungen vorzunehmen.

Zu Regierungspräsidenten werden ernannt

der Aufbringungsumlage für 1933–1936 verabschiedet. Danach wird das Industriebankgesetz dahin geändert, daß die Umlage jährlich 100 Millionen RM. beträgt und der Umlage der Aufbringungsumlage für 1933 auf 4 vom Tausend des aufbringungspflichtigen Betriebsvermögens festgesetzt wird.

Ein anderes Gesetz, das das Kabinett heute verabschiedet, bringt eine Änderung des dritten Teiles der 4. Verordnung vom Jahre 1931. Es handelt sich dabei darum, daß bei landwirtschaftlichen forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben der Schuldnier grundsätzlich als Zwangsverwalter bestimmt werden kann, wenn seine Persönlichkeit die vertrauensmäßigen Voraussetzungen dafür mitbringt.

Ein weiteres Gesetz trifft neue Bestimmungen für den Verkehr mit Vieh und Fleisch; ein anderes regelt die Gebühren für Schlachtwiehmärkte, Schlachthöfe, Schlachthäuser und Großviehmärkte neu. Schließlich hat das Kabinett beschlossen, daß die laufende Kreditaktion zugunsten von Konsumgenossenschaften nicht fortgeführt werden soll.

Weiter hat das Reichskabinett ein Gesetz über die Höhe

Konflikt zwischen Rektor und Studentenschaft an der Berliner Universität.

CNS. Berlin, 25. 4. Zu Blättermeldungen über einen Konflikt an der Berliner Universität wegen der Stellungnahme des Rektors Prof. Dr. Kohlrausch zu den von der Berliner Studentenschaft angeschlagenen 12 Sätzen „Wider den undeutschen Geist“ überträgt uns Professor Kohlrausch eine Erklärung, in der es heißt:

Als am vergangenen Freitag die Vertreter der deutschen Studentenschaft beantragten, das Plakat im Bestuhl der Universität auszuhängen, habe ich den Aushang wegen zweier Sätze beanstanden: Einmal wegen These 6: „Schreibt der Jude deutsch, fügt er“, eine Wendung, die durch den vorangehenden Satz nicht abgemildert wird: „Der Jude kann nur jüdisch denken“, sodann wegen These 7: „Wir fordern von der Zensur: „Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen.“ Ich nannte diese Sätze Überredungen, die mir geeignet seien, den Kampf gegen den undeutschen Geist zu diskreditieren, nicht aber ihn zu fördern.

Als der Aufruf trotz Verfügung der Genehmigung angetragen wurde, habe ich den Studierenden meine Bedenken über seinen Inhalt nicht verhehlt; ich erklärte, daß ich, da der Anschlag nun einmal angebracht sei, darüber, ob er wieder abzunehmen sei, die Entscheidung des Herrn Minister einholen werde, der für einige Tage von Berlin abwesend war.

Die Mitteilung, daß ich das Rektorat des Aushanges wegen niedergelegt hätte, trifft nicht zu.

Zu dieser Erklärung des Rektors der Universität, Prof. Kohlrausch, erlässt

die Deutsche Studentenschaft eine Gegenerklärung, in der es u. a. heißt: Herr Professor Kohlrausch, der an Einzelheiten märfand sich der Action der Deutschen Studentenschaft entgegen zu müssen glaubt, hat in seiner Eigenschaft als Rektor der Berliner Universität sein Unbefangen über die Haltung der Deutschen Studentenschaft dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er den Aushang der 12 Sätze der Deutschen Studentenschaft „Wider den undeutschen Geist“ zu verhindern sucht. — Wir sagen hierzu: Wir verehren die wenigen Lehrer an Deutschlands Hochschulen, die aus dem Geiste, aus dem wir leben und handeln, aus dem Geiste der SR, schaffen und lehren. Sie allein hätten das Recht der Kritik, weil sie unser Vertrauen haben. — Kommentar hierzu ist wohl überflüssig!

### Was spielt im Weißen Hause?

Durch alle französischen Bemerkungen zu den internationalen Verhandlungen in Washington Klingt zwar ein Ton der Resignation. Dadurch dürfen wir uns aber nicht in ein falsches Gefühl der Sicherheit wiegen lassen. So schnell wird Herrriot die Flinte nicht ins Korn werfen. Wenn jetzt zunächst nur die Vertreter Englands und Frankreichs mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammenzutreffen, so rast das in der äußeren Zusammenstellung die Erinnerung an den französischen Plan nach, der seit 1918 auf den sogenannten Dreimächtepakt hinzielte. Der Sinn eines solchen Vertrages sollte der sein, daß die beiden großen anglofranzösischen Mächte zu Garanten für die in Versailles geschaffenen Grenzen, für den europäischen Status quo nach den Pariser Vorverträgen, würden.

So wie es den Franzosen damals vorschwebte, läßt sich ihr politisches Ziel natürlich heute nicht mehr verwirklichen. Das wissen sie selbst am besten. Aber die Hoffnung ist noch keineswegs aufgegeben, daß man Amerika unter neuen Parteien in die alten Zusammenhänge hinein ziehen könnte. Dem Präsidenten Roosevelt liegen heute die wirtschaftlichen Probleme am nächsten. Für MacDonald stehen entsprechend seiner besonderen politischen Mentalität, die Abrüstungsfragen noch im Vordergrund. Gerade darum läßt sich zwischen MacDonald und Roosevelt leichter eine Brücke schlagen, weil vielleicht jeder der Staatsmänner für ein Entgekommen auf der einen Seite zu einem ebenjeweil auf dem andern Gebiet die innere Bereitschaft mitbringt. Das erklärt den Optimismus, der aus den Berichten über die erste Unterredung Roosevelt mit MacDonald spricht.

In dieser Lage könnte die Gefahr auftauchen, daß man den französischen Störenfried dadurch zu beruhigen sucht, daß man seine Fähigkeit im Hinblick auf die Abrüstung durch Konzessionen auf dem Gebiet der bekannten Sicherheitspolitischen Forderungen erkennt. MacDonald scheint der Auffassung zu sein, daß er ein politisches Abkommen, hinter dem die Autorität der Vereinigten Staaten stünde, bei den kommenden Genfer Abrüstungsverhandlungen dictatorisch durchsetzen könnte. Zuerst versucht er sich zu diesem Ziel die Grundlage in einer Verständigung mit Mussolini zu schaffen. Er verließ diesen Boden wieder, als Mussolini den Vorschlag seines Viermächtepakts dem englischen Abrüstungsvorschlag an die Seite stellte und als man dann vom Quai d'Orsay her zur diplomatischen Gegenoffensive gegen diese Verkuppelung überging. Es könnte leicht sein, daß die Londoner Diplomatie nun wieder bei Deutschland den Punkt des geringssten Widerstandes zu sehen glaubt. Jedenfalls muß man feststellen, daß heute in den englischen und amerikanischen Berichten ebenso wie in den französischen jeder Hinweis auf Deutschland und seine Sicherheitsforderungen fehlt. Die Situation für die französischen Pläne ist durchaus günstig, zumal sowohl in England als auch in Amerika Deutschland kaum Sympathien besitzt, vielmehr das Gegenteil der Fall ist. Die mühsam erungenen Sympathien sind wieder vollständig verschwunden, man tritt Deutschland eifrig fast wenn nicht gar feindselig gegenüber.

Es ist gewiß kein angenehmes Gefühl, ausschließlich die Vertreter der drei Großmächte, zunächst unter Ausschluß von Deutschland und Italien, im Weißen Hause zu vertraulichen diplomatischen Treffen zu vereint zu wissen. Da könnte schließlich etwas zusammengebracht werden, was allen andern ungenießbar erscheint. Es genügt nicht, daß Herr Schacht im Monat Mai über den Atlantik fährt, um an den vorbereitenden Verhandlungen für die Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Gerade weil Herr Roosevelt zunächst in seiner Aufmerksamkeit durch die währungs-politischen und die wirtschaftlichen Probleme gefesselt ist, könnte er sich inzwischen zu politischen Vereinbarungen breit schlagen lassen, die sich zwar später als durchführbar erweisen, aber die europäischen Spannungen zunächst verschärfen würden. Es erscheint darum als eine unabdingbare Notwendigkeit, daß die Reichsregierung den neuen Botschafter in Washington, Dr. Luther, möglichst sofort als gleichberechtigten Partner in die Verhandlungen im Weißen Hause einzuschalten sucht. Dr. Luther bringt als früherer Reichskanzler die ältere Autorität mit, die ihm das Verhandeln auf gleichem Fuße ermöglicht, und er kommt ebenso wie Herrriot und MacDonald mit den frischen persönlichen Eindrücken und mit den umfassenden und klaren Instruktionen, die der Botschafter als solcher nach längerem Aufenthalt, nach längerem Fernsein von der Heimat, nicht mehr hat. Seine Aufgabe müßte es sein, den amerikanischen Präsidenten davon zu überzeugen, daß nicht in erster Linie Frankreich, sondern in viel höherem Maße Deutschland neue Sicherheitsvorschläge zu stellen hat. Roosevelt muß erkennen, daß die Gefahr für den europäischen Frieden nur erhöht wird, wenn er sich den französischen Sicherheitsforderungen annähert, auf die Deutschland nie-mals eingehen wird. Er muß über den Punkt des ge-richteten Widerstandes gefunden werden können und daß man Deutschland gegenüber eine französisch-amerikanische Vereinbarung einfach aufzwingen könnte.

## Die Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 25. April. Die heutige Sitzung des Reichskabinetts hat bis nach 10 Uhr abends gedauert. Außer dem Gesetz gegen die Überfremdung beurlaubter Schulen und Hochschulen wurden eine Reihe anderer Gesetze verabschiedet. Dazu gehört zunächst eine Änderung des Statthaltergesetzes. § 5 Absatz 1 dieses Gesetzes erhält folgende Fassung: In Preußen übt der Reichskanzler die im § 1 genannten Rechte aus. Er kann die Ausübung der in § 1 Absatz 1 unter Ziffer 3–5 genannten Rechte auf den Ministerpräsidenten übertragen, der ermächtigt ist, diese Rechte weiter zu übertragen. Aus der Bekämpfung des Gesetzes geht hervor, daß es sich um das Recht der Ernennung und Entlassung unmittelbarer Staatsbeamter und Richter handelt, soweit sie bisher durch die oberste Landesbehörde erfolgte und um das Beauftragungsrecht. Das Neue an der Gesetzesänderung ist, daß die Übertragung der Rechte nicht auf die Landesregierungen, wie bisher vorgesehen, sondern auf die Ministerpräsidenten erfolgen soll. Ferner, daß der Reichskanzler die Ausferigung und Verkündigung von Gesetzen zu seiner Entlastung weitergeben kann.

Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Hildesheim, Denide, zum Regierungsdirektor in Schleswig, der Vizepräsident des Provinzialkollegiums in Kassel Sonntag, zum Regierungsdirektor und Leiter der Abteilung für das höhere Schulwesen beim Oberpräsidium in Kassel. Ihren Regierungspräsidenten werden mit Wirkung vom 1. April 1933 für die auf sie übergegangenen Aufgaben der Regierungsdirektion für direkte Steuern, Domänen und Forsten folgende Regierungsdirektoren und bisherigen Leiter dieser Abteilungen zugewiesen:

Tiemann in Königsberg, Mühlendorf in Gumbinnen, Röbbelen in Allenstein, Wieder in Potsdam, v. Hellermann in Frankfurt/Oder, Bod in Stettin, Dr. Liebich in Köslin, v. d. Hagen in Schnellmühl, Dr.

### Um die polnische Präsidentenwahl.

Paderewski erleidet eine Schlappe.

Warschau, 25. April. Im polnischen Regierungslager wird der gegenwärtige Staatspräsident Moscicki jetzt als der einzige für die im Mai stattfindende Neuwahl ernstlich in Frage kommende Kandidat angesehen. Die Opposition und vor allem die Nationaldemokratische Partei hatten ursprünglich den Plan gehegt, den ehemaligen Ministerpräsidenten Paderewski, den bekannten Virtuosen, als Kandidaten für das Präsidentenamt aufzustellen. Dieser Plan hat indessen zu einem recht unerwarteten Fiasko geführt. Im nationaldemokratischen Lager entstand nämlich wegen der Kandidatur Paderewski ein Zwiespalt und Dmowski, einer der Parteiführer, hat zur großen Enttäuschung der meisten anderen Führer den Plan zu Fall gebracht. Paderewski wird somit nicht als Kandidat aufgestellt werden. In den Warschauer politischen Kreisen ist es bisher noch nicht bekannt, welche Gründe Dmowski zu seiner Opposition gegen die Kandidatur Paderewski veranlaßt haben.

### Veränderung im Völkerbundessekretariat.

Gera, 25. April. Der deutsche Beamte im Völkerbundessekretariat, Dr. Egon Wertheimer, ist vom Generalsekretär des Völkerbundes von der Informationsabteilung, in der er seit Frühjahr 1930 tätig war, in die Finanzabteilung des Völkerbundessekretariats versetzt worden. Eine Entscheidung über die künftige Wahrnehmung der deutschen Interessen in der Informationsabteilung ist noch nicht getroffen.

## Wiederbeginn der Abrüstungsverhandlungen

Kein vielversprechender Gesamteindruck.

Genf, 25. April. (WWD) Der Hauptaustausch der Wirtschaftskonferenz hat heute nachmittag in seiner öffentlichen Sitzung seine Arbeiten wieder aufgenommen. Zur Debatte steht der Plan der englischen Regierung, der vor Ostern eingereicht worden ist. Die heutige erste Sitzung hinterließ keinen vielversprechenden Gesamteindruck. Die Hoffnung, daß die Österreicher auf diplomatischem Wege zur Fortsetzung der Abrüstung benutzt werden würde, hat sich nicht erfüllt.

Die materiellen Verhandlungen begannen sodann mit der artikulierten Beratung des englischen Entwurfes. Zunächst begründeten verschiedene Delegierte, die Abänderungen und Ergänzungsanträge zum Sicherheitskapitel des englischen Entwurfes eingereicht haben, ihre Anträge. Von einer gewissen politischen Bedeutung sind die Anträge der polnischen und französischen Delegationen. Während die polnischen Anträge darauf ausgingen, den Völkerbund in dem von Eng-

# Das „Reichsgesetz gegen die Überfremdung der Schulen und Hochschulen“

Berlin, 25. April (CWB). In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde das „Gesetz gegen die Überfremdung deutscher Schulen und Hochschulen“ verabschiedet. Dieses Gesetz sieht vor, daß bei allen Schulen und Hochschulen die Zahl der Schüler und Studenten soweit zu beschränken ist, daß die gründliche Ausbildung gesichert und dem Bedarf der Berufe genügt ist. Bei Aufnahmen ist darauf zu achten, daß die Zahl der Reichsdeutschen, die im Sinne des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsausbeutung“ vom 7. April nicht arischer Abstammung sind, unter der Gesamtheit der Besucher jeder Schule und jeder Fakultät den Anteil der Nichtarier an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt. Die Anteilszahl wird einheitlich für das ganze Reichsgebiet festgesetzt. In erster Linie sind im Rahmen dieser Anteilszahl diejenigen Reichsdeutschen nichtarischer Abstammung aufzunehmen oder zu belassen, deren Väter im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben. Kinder, bei denen ein Eltern- oder Großeltern teil arischer Abstammung ist, fallen bei diesem Gesetz nicht unter den Begriff der Nichtarier, sofern sie aus Eltern stammen, die vor Erlass dieses Gesetzes geschlossen sind. Ausgeschlossen von allen Schulen und Hochschulen sollen die Kinder von Juden sein, die nach dem 1. August 1914 aus dem Osten eingewandert sind.

In der

## Begründung

zu dem neuen Schulgesetz wird ausgeführt, daß der deutsche Schulbau einer Begründung und Neugliederung bedürfe, weil falsche Bildungsverstümmelungen die Schule von ihrer Aufgabe, das Volk zu bilden, entfernt und sie zum Selbstzweck für die reine Bildung der freien Einzelpersönlichkeit gemacht haben. Ferner wird unterstrichen, daß die Volkschule, der als der Hauptbau des Volkes der erste Rang im Schulwesen gebührt, zugunsten der höheren Schule arg vernachlässigt ist. Der Bedarf an den über die Volkschule hinauf zur Hochschule hat einen Umfang angenommen, der außer jedem Verhältnis zu der Kraft unseres Volkes und zu dem Bedarf der Berufswelt am höher vorgebildeten Berufen steht. Am schlimmsten wirkt sich diese Fehlentwicklung bei den Abiturienten, Studenten und Jungakademikern aus.

Diese Fehlentwicklung kann die Reichsregierung nicht sich selbst überlassen. Allgemeine Mahnungen und Warnungen bleiben ohne Wirkung, da die falschen Bildungsverstümmelungen und das falsche Aufstiegstreben sich zu tief in vielen Schülern und Eltern festgesetzt haben. Daher müßten gezielte Maßnahmen getroffen werden, um den Schulausbau und die Schulausbildung in ein geordnetes Verhältnis zur Arbeitswelt des Volkes zu bringen.

Die Begründung räumt ein, daß manche Maßnahmen des Gesetzes den betroffenen Einzelnen hart erscheinen mögen. Sie unterstreicht aber, daß sie vom Volksganzen gesehen, unerlässlich seien. Um wirtschaftlich zu sein, muß die Zulassungsbegrenzung von Maßnahmen innerhalb der höheren Schule und Hochschule und von allgemeinen kultur- und volkspolitischen Maßnahmen begleitet sein, die vor allem im Rahmen der wirtschaftlichen Maßnahmen des Vierjahresplanes eine besondere Bedeutung beanspruchen. Im übrigen ist dahin zu streben, die mechanische Regelung der Zulassungsbegrenzung möglichst bald durch organische Maßnahmen zu ersetzen.

Weiter heißt es dann in der Begründung: Die allgemeine Beschränkung des Zuganges zu den Schulen und Hochschulen macht besondere Anordnungen bezüglich des Anteils der Personen nichtarischer Abstammung an dem Bedarf dieser Bildungsanstalten erforderlich. Es wird dann weiter ausgeführt, daß der Anteil von Personen nichtarischer Abstammung an den höheren Berufen in Deutschland weitaus größer ist als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Der wirtschaftliche und geistige Einfluß, den die Fremdstämmigen dadurch im deutschen Leben haben, schwächt die einheitliche Gesinnung und die geschlossene nationale Kraft des Volles und Staates. Bei der Knappheit des deutschen Lebensraumes für gehobene Berufssarbeit haben die

eigenen Volksgenossen ein natürliches Anrecht auf Vorrang und Vorzugung. Das deutsche Volk und der deutsche Staat sind vor allem durch die Aufgaben der deutschen Erneuerung darauf angewiesen, zum mindesten das Verhältnis im Anteil der Nichtarier an den höheren Berufen herzustellen, das sich aus ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung ergibt. (Sehr überzeugend wirkt diese ganze Begründung zwar nicht, es wäre aber doch einmal zu wünschen, wenn die maßgebenden Stellen nicht nur mit dem Begriff Arier und Nichtarier operieren, sondern wenn sie eine klare und leitende)

eindeutige Definition dieses Begriffs geben würden, was ihnen gerade nicht leicht fallen dürfte, da die wissenschaftlichen Auffassungen über den Begriff der Arier und ihren Umfang sehr weit auseinandergehen, da es sehr bedeutende Fachwissenschaftler gibt, die auch die Juden zur arischen Völkerfamilie zählen, und unscheint, daß viele Kreise der Nationalsozialisten, insbesondere die sogenannten „Deutschen Christen“ der gleichen Auffassung sind, denn sie behaupten sich ja — wenigstens so behaupten sie — zu Christus und suchen ihr Bekennnis mit ihrer Rasseauflösung dadurch in Einklang zu bringen, daß sie Christus als „Arier“ ansprechen, womit sie ganz eindeutig erkennen geben, daß sie doch letztlich auch die Juden oder wenigstens einen Teil von ihnen zu den Arieren rechnen. — Ja, Logik scheint nicht die starke Seite zu sein. D. Schrift-

## Im Reich immer noch 5,5 Millionen Arbeitslose amtlich festgestellt

Im April nur geringe Entlastung gegenüber der letzten März Hälfte.

Berlin. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1.—15. April 1933 ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in der ersten Aprilhälfte weiter gesunken. Sie verminderte sich um rund 60 000 auf rund 5 580 000.

Vom Höchststand der winterlichen Arbeitslosigkeit ist bis Mitte April eine Entlastung um rund 518 000 oder um 8,8 %, eingetreten gegenüber einer vorjährigen Entlastung von nur 195 000 oder 3,2 %, v. H. Die Stärke des bisherigen arbeitsmarktlchen Auftriebs geht auch daraus hervor, daß nach den Ergebnissen der Krankenkassenmitgliederschaft für den gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um über 600 000 zugenommen hat.

Die Besserung in der Berichtszeit ist im wesentlichen in den Außenberufen zu verzeichnen, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung eine wichtige Stütze erhielten; die Entwicklung in den übrigen Berufen war uneinheitlich.

Die Entlastung hat sich jedoch nicht in der gleichen Stärke wie in der zweiten März Hälfte durchgesetzt.

Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß erfahrungsgemäß kurz vor den Osterfeiertagen Neuinfektionen von Arbeitskräften zurückgestellt werden. Außerdem sind die Abgänge in Arbeit und Neuzugänge vielfach überdeckt.

Stärker als die Zahl der Arbeitslosen überhaupt geht die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zurück. Der Abgang betrug hier 148 000 oder 6,9 %, v. H. Die stärkere Abnahme der Unterstützungsempfänger innerhalb der Gesamtbewegung der Arbeitslosenzahl ist ein weiteres Zeichen dafür, daß Neuinfektionen zum Ostertermin die Abgänge in Arbeit teilweise überdeckt haben. Am 15. April 1933 waren noch rund 2 017 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge vorhanden; davon entfielen 580 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 437 000 auf die Krisenfürsorge. Zahlen über den Bestand an Wohlfahrtsarbeitslosen liegen für die Monatsmitte nicht vor.

Die aus Mitteln der Reichsanstalt geförderten Notstandsarbeiten sind in verstärktem Maße in Angriff genommen worden. Die Zahl der hierbei beschäftigten Notstandsarbeiter betrug Ende März 88 000, eine weitere Zunahme ist inzwischen eingetreten.

Vergleicht man an Genaigkeit, Präzision und Klarheit die Berichte über die Arbeitsmarktlage im Reich, die jetzt nur noch 14-tägig herauskommen, gegenüber denen, die früher herausgegeben wurden, so kann man vor allem im Hinblick auf die für die Gesamtwirtschaft so notwendige Klarstellung seine Bedenken nicht ganz verhehlen. Ganz abgesehen davon, daß durch die amtliche Statistik das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit nie ganz erfaßt wurde,

## Washington für einen Konsultativpakt?

### Still schweigen um die Washingtoner Beratungen.

Washington. Die bisherigen Beratungen zwischen Mac Donald und Roosevelt sind äußerlich harmonisch verlaufen, führten jedoch nicht zu irgendwelchen Vereinbarungen, denn man ist sich zwar über das Ziel und die große Linie der zu verfolgenden Prinzipien einig.

#### führt aber bei Ausarbeitung der Einzelheiten auf Schwierigkeiten

Insbesondere kam in der Frage der Zolltarifverträge zur Zeit nichts Konkretes unternommen werden, solange die Stabilität der internationalen Währungen nicht gesichert ist. Die Lösung letzterer Frage wird durch die Washingtoner inflatorischen Pläne erheblich gestört. Das Ergebnis wird daher ein freundlich klingendes Kommunikat sein, auf dessen Fundierung jedoch noch wochenlang in Konferenzen der amerikanischen und britischen Experten wird gearbeitet werden müssen.

Zwischen haben die Verhandlungen zwischen den amerikanischen und den französischen Staatsräbünden begonnen. Hierfür hat Roosevelt ein ziemlich umfassendes Programm ausarbeiten lassen, das er Herrriot vorgelegt hat und das wegen seines Gegenstands auf politische wie wirtschaftliche Probleme Herrriot durchaus sympathisch verläuft hat.

#### Belieblich wünscht Frankreich einen Konsultativpakt als Bedingung für eine Abschlusst.

Hier ist man bereit, diesen Wünschen entgegenzukommen, wenn auch nicht in Form vertraglicher Bindung, sondern als Sicherung einer Konsultation im Falle einer Kriegsgefahr, und zwar entsprechend gleichlaufenden Punkten der Programme beider hiesigen politischen Parteien, wie sie im Juli 1932 in Chicago beschlossen worden sind.

Im Brennpunkt der Verhandlungen am Dienstagabend standen die Fragen der Kriegsschulden und der Abreibung. Wie verlautet, sollen Roosevelt, Mac Donald und Herrriot auf dem besten Wege zu einer Verständigung über diese Fragen sein. Neben die Einzelheiten wird strengstes Still schweigen bewahrt.

### Die Amerikareise Schachts

Berlin. Zu der Amerikareise des Reichskanzlers Dr. Schacht wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung auf die Einladung der amerikanischen Regierung hin, der Reichskanzler oder ein Kabinettsmitglied bzw. ein Spezialbeauftragter der Reichsregierung möglicherweise Washington kommen, den Reichspräsidenten gebeten habe, die Vertretung Deutschlands zu übernehmen. Dr. Schacht wird auf dem Kapitolsdampfer „Deutschland“ am 5. Mai in New York einsteigen. Bissher ist lediglich festgelegt, daß ein Vertreter der Reichsbank und ein leitender Beamter des

Danziger Janusenator Hinz hat dieser Tage in einer Versammlung des deutschnationalen Beamten- und Angestelltenausschusses gesprochen, über welchen Vortrag die „Danziger Allgemeine Zeitung“ ausführlich berichtet. Herr Senator Hinz hat in diesem Vortrage manches gesagt, in dem wir ganz entschieden anderer Meinung sind, insbesondere müssen wir seine Angriffe gegen die Beamtenpolitik in Deutschland in den letzten 14 Jahren entziffern zurückweisen. Gewiß sind dabei Missgriffe und Fehler gemacht worden, haben sich manche Ungeeignete und Stellenjäger eingeschlichen, sind vereinzelt ungeeignete Leute in Stellen hineingeschoben worden. Keineswegs aber ist das in so großem Ausmaß geschehen, wie man es heute von den „nationalen“ Kreisen darzustellen beliebt. Keineswegs ist das auch nur annähernd in dem Ausmaße geschehen, wie dies heute die Regel ist, und das Berufsbeamtenamt ist auch in den verlorenen 14 Jahren innerlich und äußerlich vollkommen unangetastet geblieben. Es ist in den verlorenen 14 Jahren nicht mehr nach dem Parteibuch gefragt worden, als es vor dem Kriege der Fall war, nur daß nach dem Kriege „auch die andern mal ran“ kamen, und es ist in den viel geschrumpften 14 Jahren viel weniger nach dem Parteibuch gefragt worden, als heute, denn heute ist das Parteibuch maßgebend, wie die Herren Nationalsozialisten ja bei ihrer Agitation ganz offen bezeugen, wie sie einsam, einsam und jetzt waren und sind und streng bei Wahrheit und Gerechtigkeit bleiben!

Wenn wir Herrn Senator Hinz also in seinen allgemeinen Ausführungen und in seiner Kritik der Beamtenpolitik der letzten 14 Jahre nicht folgen können, so unterschreiben wir natürlich folgende Ausführungen, in denen er die Konjunkturritter in der Beamtenschaft — und solche Konjunkturritter gibt es ja in jeder Partei, vereinzelt auch in der Zentrumsgruppe — treffend charakterisierte. Senator Hinz führt über diese Gesinnungshelden aus:

Die jetzige Regierung ist mit allen Mitteln bemüht gewesen, eine starke Staatsautorität aufzurichten, die hier zum Schutz Danzigs nötiger ist als anderswo. Sie ist deshalb besonders bemüht gewesen, ein wichtiges, staatscreatives Berufsbeamtenamt im Sinne des deutschnationalen Ideals endlich nur gegen entsprechende Kompenstation möglich sei.

Das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, so fuhr denn der Minister fort, werde auch weiterhin gut bleiben. Allerdings sei es immer heikel, in der Nachbarschaft einen Staat zu wissen, der sich in einem Zustande revolutionärer Gründung befindet. Immerhin sei zu hoffen, daß es zu keinen Differenzen kommen werde. Sollten in Österreich sich ähnliche Aenderungen vollziehen wie in Deutschland, so hoffe man auch hier, daß keine Schwierigkeiten entstehen.

Die Tschechoslowakei, so erklärte dann der Minister, plane, sich mit Polen über einen Vertrag einzutragen, der auf eine neue politische Konstellation in Mitteleuropa hinauslaufe, eine Konstellation, die Österreich berühren werde und somit einen Abschluß Deutschlands an Österreich unmöglich erlige oder doch zumindest lang bestreite Freundschaft einzutreten.

Betreten der Geschäftsräume untersagt worden und sie selbst aus der Firma ausgeschieden.

### 119 Tote, über 600 Verletzte

Kos (Dodecanes). 26. April. Die furchtbare Erdbeben-Katastrophe auf Kos hat noch mehr Opfer gefordert, als bisher gemeldet worden sind. Nach den letzten Berichten kamen bis zu 119 Tote aus den Trümmern geborgen werden. Die Zahl der Verletzten hat inzwischen 600 überschritten.

## Die Kleine Entente und die aktuellen Probleme der mitteleuropäischen Politik

### Eine bedeutsame Rede Dr. Benesch's.

Prag, 25. April. Außenminister Dr. Benesch sprach neuerlich beiden Kammern der Nationalversammlung über das Thema: „Der Kampf um die Demokratie in der europäischen und in der Weltpolitik.“ Besonders hervorzuheben ist, daß Dr. Benesch in seinen Ausführungen ankündigte, daß Verhandlungen über einen polnisch-schweizerischen Freundschaftsvertrag geplant seien. Zu Beginn seines Vortrages berührte er das Problem der Revision der Friedensverträge und erklärte, die Autoren der Friedensverträge hätten nicht angenommen, daß man Deutschland und die anderen beteiligten Staaten allzu lange als geschlagene und ungleiche Partner behandeln könne. Das Kardinalproblem der gegenwärtigen europäischen Politik besteht in der Frage, in welchem Punkte die Entwicklung der Revisionssfrage zum Stillstand gelange und in welchem Punkte das Gleichgewicht als Definitiv hergestellt betrachtet werden sollte. Da schärfer die Angriffe auf die Friedensverträge gewesen seien, um so mehr seien die neuen Staaten Mitteleuropas darauf angewiesen, sich gegenseitig zu nähern. Dass es sich hierbei um die Restung der ganzen neuen Verfassung Europas handle, habe Frankreich als erster Staat begriffen. Was die Politik anlange, die Staaten seien jetzt verpflichtet, so sei festzustellen, daß Deutschland, Ungarn und zum Teil auch Österreich und Bulgarien sie mit Sympathie betrachten. In Deutschland begreife man sehr wohl, daß die letzten Ziele der beiden Länder im Wesen weit auseinanderliegen.

Die Beziehungen Italiens zur Kleinen Entente seien mit einem gewissen Optimismus zu betrachten. In Deutschland bestünden in bezug auf das Verhältnis zur Kleinen Entente insofern Befürchtungen, als man in der Kleinen Entente einen Mittel der französischen Politik erachte, die auf die Schaffung einer neuen politischen Konstellation in Mitteleuropa hinauslaufe, eine Konstellation, die Österreich berühren werde und somit einen Abschluß Deutschlands an Österreich unmöglich erlige oder doch zumindest lang bestreite Freundschaft einzutreten.

Die Vorstandsmitglieder der Kölner Görreshaus-A.-G. Stocky und Matus verhaftet

Köln, 26. April. Wie die „Kölner Zeitung“ meldet, sind die bisherigen Vorstandsmitglieder der Kölner Görreshaus-A.-G., Konrad Stocky und Generalkonst. Matus, am Dienstag verhaftet worden. Die Festnahme soll auf Vorwürfe bei der seinerzeitigen Gründung der Gesellschaft zurückzuführen sein. Kurz vor der in diesen Tagen erfolgten Beantragung des Liquidationsvertrags, auf die bald darauf die Konfirmanden folgte, war den beiden genannten Herren das

Vikar Dr. Splett

# Bom Wollen und Wagen katholischer Jugend

Wie eingehend berichtet, fand anlässlich der Eröffnung der Ausstellung der Katholischen Jugend Danzigs am letzten Sonntag im St. Josephshause eine Eröffnungsfeier statt, bei der der Vikar Dr. Splett die Gestecke halten sollte. Infolge der beschränkten Zeit und infolge der Anmessenheit einer sehr großen Anzahl ganz Jugendlicher begnügte sich Vikar Dr. Splett mit einigen allgemeinen Ausführungen, ohne auf die geplanten grundsätzlichen Fragen näher einzugehen. Wir geben daher heute die Ausführungen Dr. Splets wieder, wie sie gedacht waren.

Die Schriftleitung.

Im Blickpunkte stehen heute Persönlichkeit und Gemeinschaft. Sie sind keine Gegensätze. Ein Strom geht von einem zum anderen. Die Persönlichkeit empfängt von der Gemeinschaft, wächst in ihr, reift an ihr, wird durch sie stark

umgestaltet, von ihr getragen. Gemeinschaft andererseits lebt durch rechte Persönlichkeit, von ihr wird sie durchgeistigt, höher geführt; denn echte Persönlichkeit willt sich in und an der Gemeinschaft aus. Darum ist Erstes Katholischer Jugend: Persönlichkeit werden, schaffen, dazu erziehen, das heißt für

uns: Mensch, Mann, Frau, Christ sein und immer mehr werden. Persönlichkeit. Das Wort hört man so oft. Und hinter diesem Wort steht eine Welt, die weit und groß und von unermessbarem Wert ist. Persönlichkeit kommt von Person. Jeder Mensch in seiner Einmaligkeit, in seiner Einzigkeit ist eine Person.

Das Leben eines jeden von uns hat besonderen Sinn und besondere Aufgaben. Darum hat auch jeder von uns eine besondere Art, seine eigene Art, seine besonderen Gaben und Fähigkeiten, um dieses sein Leben zu meistern, zu vollenden im Dienst der Gemeinschaft und unter Bewahrung seiner Person, seines gottgewollten Soseins.

Das Wesen der Persönlichkeit ist bedingt durch den Charakter. Ein charaktervoller Mensch hat ein bestimmtes Gepräge. Seine Seele hat eine beharrliche Verfassung und ein beharrliches Bestehen von Werten. Es liegt Einheit über dem Menschen, Harmonie.

Man hört so oft das Wort von Charakterbildung, das ist eigentlich nicht ganz richtig. Man kann aus Stein, aus Holz etwas bilden, man kan aber niemals so mit dem Menschen vorsehn, denn der Mensch ist lebendig, und Leben entwirkt sich.

Schopenhauer, ein Philosoph, behauptete einmal, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, den Charakter zu verbessern. Das ist natürlich ein großer Irrtum. Schopenhauer vergisst, daß wir nur die Charaktergrundlagen in uns tragen, die entwidelt und ausgebaut werden müssen.

Was sind denn im wesentlichen die Merkmale eines Charakters? Kerschensteiner nennt vier Eigenarten, die zum Charakterwerden notwendig sind:

1. Die Willensstärke; 2. die Urteilsklarheit; 3. die Feinfühligkeit; 4. die Aufwühlbarkeit.

Die Willensstärke erreicht verschiedene Grade beim Menschen. Der eine hat einen schwachen, der andere einen starken Willen. Das Wesen des willensstarken Menschen besteht darin, daß er den Gedanken, den er für recht hält, mutig aufgreift und ihn entschlossen durchführt, trotz aller Widerstände, die sich ihm in den Weg stellen. So handelte ein Paulus für das Reich Gottes, so handelte ein Napoleon für seine herrschsüchtigen Ziele.

Die Urteilsklarheit ist Voraussetzung für klares

Wollen. Zuviel muß man um das Rechte und Echte wissen, es kennen, und so wird erst der Wunsch, die Schnüre nach ihm

wachsen, wir lernen das Gute vom Bösen unterscheiden und sehen uns entweder für das eine oder das andere ein.

Die Feinfühligkeit, man versteht darunter im Gegensatz zur Stumpfheit die Eindrücke der Umwelt in sich aufzunehmen.

Der Mensch, der wirklich Charakter sein will, muß sich darum in allen Lebenslagen behaupten können. Er bedarf dabei einer ungeheuren Umstellungskraft, einer großen Elastizität.

Durch freien Umgang mit vielen Menschen und Gegenständen kann sich die Geistesgegenwart, das schnelle Erfassen einer Lage, die Feinfühligkeit ausbilden. „Es bildet ein Talent sich in der Stille, das ich ein Charakter in dem Strom der Welt.“

Die Aufwühlbarkeit ist allen großen Charakteren und wahrhaft schöpferischen Menschen zu eigen. Sie ersahen ihre Lebensaufgaben mit der ganzen Gewalt und Kraft ihres lebendigen Seins. Augustinus hat diese Aufwühlbarkeit ganz besonders erfahren in seinem Leben. Sie wurde ihm Weg zum Umbruch und Durchbruch zu Gott.

Man spricht heute mehr als je von „Charakter“, vielleicht

woll man spürt, daß ein großer Teil unserer Zeitgenossen keinen Charakter mehr hat, keine Person mehr ist, sondern Masse, die jeder Führer und Verführer auspeitschen kann. Es fehlt ihnen der feste Wille, die innere Einheit, es fehlt ihnen die Überlegung. Ihre Seele ist wie ein Kornfeld, das dahin weht, wo hin der Wind es treibt.

Christen, Katholische Jugend, sollten aber nicht Masse, nicht Stimmungsmenschen sein, sondern Charaktere. Persönlichkeiten. Es gehört zum Adel des Menschen, daß er sich

täglich neu entscheide zu einem starken, fröhlichen, reinen Leben. Echt soll das Gemüte des Alltags sein. Dem Reich Gottes und seiner Ausbreitung soll das Herz dienen. Leicht ist das alles nicht. Wir spüren die Entwicklung, wir fühlen den Kampf der in die Tiefe geht, wir sehen vielerorts eine um sich greifende Verflachung. Ist es doch häufig so, als würde die große Kraft des Geistes und des Herzens gar nicht mehr lebendig, wir fühlen, wie droht die Würde des Menschen ist und wie eine ungeheure Macht der Technik sich gegen ihn aufrichtet, ihn zu zermalmen droht. Wir sehen, wie eine öde Gleichförmigkeit das Einzigartige der Person zu überschlucken droht, wie das Wertgefühl abgestumpft wird und nur mehr Masse und Zahl zu gelten scheint.

Wir spüren andererseits auch eine Kraft, die stärker ist als Masse und Zahl. Das ist die Kraft des Glaubens an die Menschheit. Und aus diesem Glauben erwächst die Erforschung. Erforschung kann man nicht wollen, sie muß wachsen aus der Überzeugung, daß der andere auch Christusträger ist, daß auch er göttlichen Stamms ist.

Erforschung wollen wir haben voreinander, denn es gehört zur christlichen Persönlichkeit, Erforschung ist ein reiches Gut. Sie weiß den rechten Weg und gibt den rechten Stand zum Mitmenschen. Ein Mensch, der Erforschung hat, wird sich nicht verlieren, nicht wegwerfen, denn er weiß, daß er den andern dadurch arm machen wird.

Die Erforschung fördert nicht, sondern sie gibt, ohne vom Unbekannten berührt oder gestört zu werden. Sie geht den Weg des Leibes und wird doch nicht vergrämmt.

„Wir haben den Messias gefunden“, so sagte einst Andreas, der Fischer von Bethsaida und führte seinen Bruder Simon zu Jesus. Wir, Katholische Jugend, haben den Messias auch gefunden. Und dieser Jubel, diese Freude, diese hohe Sicherheit des Lebensweges gibt der christlichen Persönlichkeit Kraft, die Zukunft zu tragen und den Sieg zu erlangen.

Echte Persönlichkeiten können gar nicht anders, als in der Gemeinschaft stehen und dienen. Dienst an jeder Gemeinschaft ist uns gerade heute selbstverständliche Pflicht und Aufgabe. So suchen wir denn die besten Kräfte einzusehen, damit die Familien bleiben oder doch wieder werden, was sie sein sollen: Erziehung-, Arbeits-, Lebens- und Liebesgemeinschaften.

Neben die Familie tritt heute stärker denn je die Jugendgemeinschaft. Die Menschen alle brauchen ihren Kreis, da sie zusammen ringen um Tages- und Lebensfragen, um eigene Gestaltung. Wenn immer wir als katholische Mädchen und Jungmänner im Kleinsten wie in kleinen Kreisen stehen, dienen wir den großen Gemeinschaften: Volk, Kirche, Menschheit, denn alles Leben aus diesen Quellen fließt weiter. In der großen Aufgabe der Zeit stehen wir zusammen, Jungmänner und Jungfrauen. Wir alle tragen Verantwortung an der Menschheit. Als junge Generation empfangen wir von unseren Älteren und Reisen. Läßt uns denn Erforschung empfangen. Aber dann auch mit unserem Idealismus alles besiegen, alles durchdringen, unser Bestes wollen wir darum. Jeder will in seiner Eigenart schaffen, in diesem müssen wir zusammengehen, zusammenstehen. Alle als Jungvolk Gottes Gotteskinder sein. Nicht nur in großen, begeisterten Kundgebungen wollen wir uns zur Gemeinschaft bekehren. In der „Katholischen Jugend“ haben wir uns zusammengeflossen, Männer- und Frauenjugend, werktätige und studierende Jugend. Gar vieles muß noch wachsen zwischen uns. Nicht nur auf uns, sondern auf die gemeinsamen Aufgaben wollen wir schauen.

In welcher Weise könnte die Einheit katholischer Jugend mehr und mehr verwirklicht werden?

Man könnte vor der Möglichkeit nur einer großen einheitlichen Organisation träumen. Man wird das um so eher tun, je mehr man davon überzeugt wird, daß in der Vielfestigkeit katholischer Jugendarbeit viel Kraft verbraucht und auch viel Konfliktstoff geschaffen wird. Aber wer die Verhältnisse kennt, wird diesen Traum nicht trüumen, weil er sonst wirklich ein Träumer bleibt.

Eine einheitliche organisatorische Zusammenfassung ist auch nicht die letzte Notwendigkeit. Das geschicklich Gewordene hat seinen Sinn und die Vielfestigkeit der Jugendbünde kann ein wahrer Ausdruck des vielfestigen Lebens und eine möglichst weite Erfassung seiner Werte bedeuten.

Ein anderes aber sollte uns gelingen: Dass die führenden jungen Menschen anders denken lernen als rein verbandsmäßig.

Das „Blüthen des Bundes“ ist nicht das Letzte. Verbände sind

Gebilde aus den Notwendigkeiten und Idealen der Zeit entstanden, aber nicht legte einzige Möglichkeiten. Sie sind Ausdruck eines bestimmten Jugendwillens oder einer besonderen Jugendnot. Wenn schon immer aus der Zeit entstandenes gleich

auch Zeitbedingtes ist, so am meisten, wenn es sich um Lebensäußerungen der Jugend handelt. Darum müssen wir aus nur

verbandsmäßigem Denken heraus zum katholischen Denken

kommen. Katholisch wird in diesem Falle bedeuten: den Blick für das Ganze nicht verlieren. Gewiß verlangt die Selbsterhaltung der Verbände und Bünde auch einen gewissen Egoismus. Gewiß ergibt sich aus dem Glauben an den Wert des eigenen Verbands- und Bundesideals eine gewisse Intoleranz dem anderen gegenüber. Aber es lebt soviel Verbündendes und Gemeinsames in der heutigen Jugend, daß eine überbündige Gemeinschaft möglich ist. Nicht nur auf dem Boden der gemeinsamen Weltanschauung. Solange uns nur die Verfestigung des Glaubens gegen die Feinde zusammenhält, ist noch keine wahre Gemeinschaft vorhanden. Nur eine Not- und Interessengemeinschaft. Aber das Gemeinsame in der Jugend liegt tatsächlich tiefer. In vielen Fragen des Lebensraumes und der Lebensformen, in der Stellungnahme zu politischen Aufgaben, zu den Fragen des Staates und der Volksgemeinschaft ist in der gesamten katholischen Jugend eine einheitliche Stellungnahme vorhanden. Gewiß, es sind nicht alle, die in dieser Einheit stehen, aber es sind wohl die Besten. Die junge Generation. Diese Schicht wird das Fundament der katholischen Jugendgemeinschaft tragen. Sie wird in den Verbänden und Bünden stehen, aber auch über den Verbänden leben. Auch das religiöse Leben in der Jugend wird mit dazu beitragen, daß die Gemeinschaft tiefer greift. Nicht nur die Tatsache, daß die lebendige katholische Jugend das Religiöse überhaupt stark betont, wird dazu mithelfen, sondern auch die gemeinsame Art des Frömmigkeitslebens. Die liturgische Einstellung und die Bezeichnung des Christusgedankens. Wenn es dann noch gelingt, die Zusammenkünfte der Führer aus den verschiedenen Bünden in einer Form zu gestalten, bei welcher jugendliche Art und Gemeinschaftsgeist selbstverständlich werden, wie wir es in etwa schon getan haben, dann wird katholische Jugendgemeinschaft immer mehr Wirklichkeit.

Freilich, das müssen wir immer klar sehen: Katholische Jugendgemeinschaft, die alle Jugend umfaßt, wird eine Zusammenfassung von starken Verschiedenheiten, sogar Gegenständen sein. Hier wäre es nicht richtig, die Frage der Erfassung der Jugend darf nicht so gestellt werden, wo soll unsere Jugend hin. Denn die Jugend, die zu uns kommt, ist gute Jugend und findet das ihr Gemäße. Die Frage muß vielmehr so laufen: Wie erfassen wir die Jugend, die nicht von selbst zu uns kommt. Hier wäre ein großes Arbeitsgebiet, das besonderer Helfer und umfassender Betreuung bedarf. Gerade die richtige Lösung dieser Aufgabe wird der beste Beweis für den Geist einer katholischen Jugendgemeinschaft sein.

## Ein Polizeisturm zu Rade „zum Feiertag der Nationalen Arbeit“ nach Berlin



Eine Abteilung des Polizeisturms der Standarte 102 führt in Stärke von einem Offizier und 24 Beamten auf dem Hof der Adolf-Hitler-Kaserne eine Werbefahrt auf Fahrrädern nach Berlin an. Die 370 Kilometer lange Strecke wird über Schwerin und an den Festlichkeiten teilnehmen wird.

## Der Krieg in Wiese und Acker

Schmarotzer sind auch Frühlingsboten. — Gefährliches Unkraut. — Der Kampf ums Dasein in der Pflanzenwelt. — Verwüstete Ackerfelder. — Haflattich und Frühlingskreuzkraut. — Wo sich die Pestwurz ausbreitet, wächst kein Gras mehr.

Kampf ums Dasein herrscht nicht nur unter Menschen und Tieren, auch im Reich der Pflanzen ringt Art gegen Art. Der Naturforscher verfolgt ihn mit Interesse, der Landwirt mit Angst, wenn die bebaute Acker zu Schlachtfeldern in diesem Krieg werden, und die sorgsam gelegte Saat nutzbringender Pflanzen dem Unkraut unterliegt.

Da gründet im Frühjahr der Klee zur Freude des Landmannes, und das üppige Wachstum verspricht einen guten Schnitt. Allein trotz günstiger Witterung verändert sich unverhofft das Bild. Das frische Grün der Blätter schwindet, verdorrt senkt sich die Pflanzen zu Boden. Das ganze Kleefeld kränkt, aber über den scheinigen Kulturstoffen erhebt sich kerzengerade, lebensvoll in violettblau-roten Blüten prangend, der „Kleefeuß“, der Urheber dieser Verwüstung. Unter dem Schnitt des Blätterdaches der Kleeflanze hat er gekriegt und sich spärlich erhoben, während seine Wurzeln unter der Erde das Mineralkorn begannen. Er entzog die Nahrung und wuchs als Schmarotzer auf fremde Kosten.

Auf einem anderen Kleefeld, das in gutem Wachstum steht, werden hier und dort breite, muldenartige Vertiefungen sichtbar, Stellen, an denen der Klee zurückgeblieben ist und wie niedergetreten auf dem Erdhoden liegt. Auch hier ist der Klee seinem Feind erlegen. Man bemerkt, daß die Kleeflanze von seinen gelben, rötlichen und purpurnen Fäden umstritten ist. Das sind die blattlosen Stengel der Kleeseide, die mit ihren kleinen weißen und rötlichen Blüten bestäckt sind. Auch die Kleeseide ist ein Schmarotzer. Ihr Samen kommt zusammen mit der Kleeflanze. Sie entdeckt fadenartige Wurzeln in die Tiefe der Erde und fadenförmige Stempelchen hinauf an die Oberfläche. Diese feinen Ranken suchen gleich denen der Ackerwinden die Stempel des Kleeblattes zu umspinnen. Ist ihnen dies gelungen, so bohren sie sich mit Saugwurzeln ins Innere der Stempel ein und haben damit die Erde als Stengelschmarotzer begründet. Denn von diesem Augenblick an stirbt die Wurzel der Kleeseide ab, und der Schmarotzer nährt sich noch vom Saft der Kleeflanze. Diese sind natürlich dahin, die Kleeseide aber spinnt ihre Nette weiter aus und treibt lebenskräftig ihre Blüten. Eine ähnliche Windenpflanze, die „Schafsfiede“, nistet sich auf den Flachsfeldern ein und bewirkt dort in gleicher Weise ihre Verheerungen.

Gest in den geschilderten Fällen das Schmarotzertum gleichsam hinterlistig vor, so gibt es andere Unkräuter, die in ritterlicher- oder raubritterlicher Art zum offenen Kampf gegen die Kulturstoffen ziehen. Im Sommergetreide, auch auf Kartoffelfeldern bleibt, als eine Zusammenfassung der Jugend, die alle Stände umschließt. Die Haltung des jungen Menschen, der aus der Gedankenwelt und dem Lebensstil der Jugendbewegung kommt, wird nicht ohne weiteres ein inneres Verhältnis zu anderen Jugendorganisationen finden. Und solange die heutigen Verhältnisse bestehen, wird immer die Frage des Nachwuchses, Reibungsflächen darüber. Weil heute die Bünde der Jugendlichen nicht mehr der Unterbau der Standesorganisationen sind. Weil sich die jungen Menschen von heute, wenn sie älter geworden, nicht einfach an andere Bewegungen „abgeben“ lassen. Weil die Jugend, die sich eine ihr gemäße Welt geschaffen hat, von diesem Standpunkt aus in das Leben des verantwortlichen Menschen hineinwachsen möchte. Aber wer könnte es den anderen Organisationen verdenken, daß sie nicht widerstandslos dieser Entwicklung aussehen?

So fehlt es also nicht an Anlaß zu Spannungen. Wer aber glaubte, durch Abmachungen und Vereinbarungen könnten die aus der Welt geholt werden, dem wird eine Enttäuschung nicht erpart bleiben. Und wer im Zusammenschluß der Jugend diese Spannungen umgehen und übersehen will, der hätte die Aufgabe der Jugendgemeinschaft nicht gelöst. Wir müssen wagen, den Dingen in die Augen zu sehen; wir müssen den Mut haben zum katholischen Denken, das die Tradition achtet und die Weiterentwicklung nicht hemmt. So wäre es nicht richtig, die Frage der Erfassung der Jugend allein vom Maßstandpunkt der Verbände aus zu regeln. Die Stimme der Jugend ist auch eine Stimme der Zeit. Die Frage der Erfassung der Jugend darf nicht so gestellt werden, wo soll unsere Jugend hin. Denn die Jugend, die zu uns kommt, ist gute Jugend und findet das ihr Gemäße. Die Frage muß vielmehr so laufen: Wie erfassen wir die Jugend, die nicht von selbst zu uns kommt. Hier wäre ein großes Arbeitsgebiet, das besonderer Helfer und umfassender Betreuung bedarf. Gerade die richtige Lösung dieser Aufgabe wird der beste Beweis für den Geist einer katholischen Jugendgemeinschaft sein.



Abe-Schläfen

am Äquator.  
Wir zeigen hier schwarze Abe-Schläfen in einer Missionschule am Kongo während einer Unterrichtsstunde. Sie lernen hier in ihrer Muttersprache lesen und schreiben. Dabei ist es interessant zu erfahren, daß die Bibel sowie Lese- und Wörterbücher für die Neger bereits in verschieden afrikanische Sprachen übersetzt worden sind.



Der Leiter der Volkszählung.

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Oskar Büchner, wurde zum Kommissar für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Berlin am 16. Juni ernannt.

Pflanze danach, ihn dem Wind möglichst günstig darzubieten, damit er von weit über Acker und Felder verbreitet werde.

Ein dürres gelbes Unkraut wandert von Osten nach Westen. Es ist das „Frühlingskreuzkraut“ (*Seneio vernalis*), das in den östlichen Gebieten Deutschlands auf Sandfeldern und Schonungen besonders zahlreich verbreitet ist und immer weiter vordringt.

Es blüht zweimal im Jahr, im Mai bis Juni und im September bis November. Sein bestäuerter Same wird wie der des Haustatzen vom Wind verweht.

Auch die Wiesen haben ihre Feinde. An den Ufern der Flüsse und Bäche, an Grabenrändern wächst die „gebräuchliche Pestwurz“ (*Pestatis officinalis*), die mit außerordentlich großen Blättern ausgestattet ist. Wo sich die Pestwurz ausbreitet, da wächst kein Gras.

# Danziger Nachrichten

## Volk und Völker im Gottesreich.

P. Marianus Bötter spricht in der Nordland-Verbindung.

P. Dr. theol. Dr. phil. Marianus Bötter, der in Danzig durch die Primizpredigt für seinen Ordensbruder P. Odilo als Berliner Domprediger bestens und unvergänglich eingeführt war, hatte es sich trotz beschränkter Zeit nicht nehmen lassen, in der heiligsten katholischen neustadtischen Verbindung „Nordland“ als Münchener Althochländer mitzubauen am Hochlandwerk.

Zum obigen Thema führte er eingehend etwa folgende Gedanken aus. Schon in der Schöpfungsordnung Gottes sind die drei Lebewesenheiten des Einzelmenschen, der Familie und des Volkes gegeben. Wie nur ein lebensstarker Mensch oder eine festgebrückte Familie brauchbare Bausteine der Menschheit sein können, so muß ein Volk ganz werden, um seine ihm vom Schöpfer gegebene Stellung auszufüllen. Das neue nationale Lebensgefühl ist also keineswegs als verdächtig, sondern — als innerhalb des Schöpfungsbereiches liegend — durchaus positiv zu werten. Allerdings bedarf es der Erlösung wie auch der Einzelmensch und die Familie. Seitdem das jüdische Volk, einst das einzige auserwählte, mit der Ankunft des Messias zugleich seine Sendung und seinen Frieden verlor, ist die „Heiligkeit“ eines Volkes auf die gesamte Christenheit übergegangen, also seit Christo nicht mehr auf ein einzelnes Volk beschränkt. Nach der Zermürbung durch den Weltkrieg hat das Nationale bald wieder Lust und Kraft erhalten können, um wieder in die göttliche Schöpfungsordnung einzutreten, hat erstarren können, um aus der Sphäre des Nur-Biologischen herausgehoben und sozusagen getauft zu werden. Und gerade diese Tause des Natürlichen — die Bejahung alles Volllichen um des wesentlich Katholischen willen, das ruft uns junge katholische Neustudenten vor. Hier ist unser Einsatz. Eine mehrstündige Diskussion machte den Abend besonders wertvoll.

Die Befreiungsthemen der folgenden Verbindungsabende zeigten deutlich die heutige Stellung und das Bemühen der jungen Generation: Deutsches Christentum und deutsche Nationalkirche? Der Einbruch des „Unbewußten“ in das heutige Deutschland. Das deutsche Volkstum und die Kirche. Totaler Staat und seine Grenze. Weitere Themen stehen für den kommenden Winter offen. Möge es gelingen, zu der Grundfrage: Deutsche Volkswerdung und „katholische Kirche“ eine Beantwortung uns zu erarbeiten, die es möglich macht, für unser Land mitzuschaffen am Werk, treu der Devise des Hochlandverbandes: *Deo et patria!*

Bruno Markowski.

## Zentrumshandgebung in Tiegenhof.

Ein über Erwartet starker Besuch. — Senatsvizepräsident Dr. Wierschki-Kießler als Redner.

Um Sonntag begann die Zentrumspartei im Kreis Gr. Werden mit einer außerordentlich stark besuchten Versammlung im „Deutschen Hause“ in Tiegenhof den Wahlkampf. Aus Tiegenhof und den umliegenden Dörfern war eine so große Anzahl von Zentrumshängern erschienen, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Raum bei weitem nicht ausreichte und die Handgebung in den großen Saal verlegt werden mußte. Unter Hinweis auf die bevorstehenden Aufgaben, die die Zentrumspartei in Vergangenheit und Gegenwart zu lösen hatte, eröffnete der Bezirksvorstand die Versammlung.

Ein gemeinsam gelungenes Lied leitete zu den über einstündigen Ausführungen des Hauptredners, des Vizepräsidenten des Senats Dr. Wierschki-Kießler, über. Da großen Zügen entwarf der Redner ein Bild von der gegenwärtigen staatspolitischen Lage und wies auf die von den verschiedenen Seiten der drohenden Gefahren hin, denen die Zentrumspartei mit der ganzen Kraft ihrer geschlossenen und einheitlichen Willensbildung entgegenzuwirken berufen sei, um im Verein mit allen positiv gerichteten Kräften an der Verwirklichung christlicher Grundsätze im Staats- und gesellschaftlichen Leben zu arbeiten. Zum Schlusse seiner Ausführungen widerlegte der Redner eine große Anzahl der Vorwürfe, die gegen die Politik des letzten Jahrzehnts erhoben werden. Er beendete seine Rede mit einem warmen Appell, durch tapfrägste Unter-

stützung der Zentrumspartei die Fortführung eines stetigen nationalen Regierungskurses in Danzig zu gewährleisten.

Der Bezirksvorstand erneuerte noch kurzen Worten des Dankes an den Redner den Aufruf zur unerschütterlichen Treue der Zentrumspartei gegenüber, worauf die in eindrücklicher Geschlossenheit verlaufene Handgebung nach Absingen eines gemeinschaftlichen Liedes und der ersten Strophe des Deutschlandliedes geschlossen wurde.

## Eine Bekanntmachung des Zoppoter Magistrats.

Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erwirbt jeder der nach Zoppot Zuziehenden, sofern er das 16. Lebensjahr vollendet hat, bereits in einem Jahre den Unterstützungswohnrecht. Mit dieser Gesetzgebung ist, wie der Magistrat in einer Bekanntmachung erklärt, „die Gefahr verbunden, daß an sich mittellose und nicht erwerbsfähige Personen sich mit Hilfe der privaten und Vereinswohltätigkeit während der einjährigen Frist über Wasser halten, um dann nach Ablauf dieser Frist der Stadt zur Last zu fallen.“

Es ist eine unabdingbare Notwendigkeit, dieser Gefahr entgegentreten, wenn wir nicht wollen, daß die Armenlast ins Unserträgliche schwält. Der Magistrat hält deshalb alle privaten Wohltäter, ihre Fürsorge nur solchen Personen zuwenden, die in Zoppot bereits Heimatrecht erworben haben, sich also länger als ein Jahr hier selbst aufzuhalten. Der

Magistrat bittet Hilfesuchende, die das Heimatrecht noch nicht erworben haben, mit ihren Bitten ausnahmslos an das Zoppoter Wohlshofsamt zu wenden.

\* Die Ortsgruppe Zoppot und Umgegend der Gemeinschaft lath. Beamten (G.A.B.) hielt fürlich die zweite Generalversammlung ab. Der Jahresbericht kennzeichnete die rege und erfolgreiche Arbeit der Ortsgruppe, so daß diese trotz der Notzeit ihren Bestand bedeutend erweitern konnte. Der Bericht des Schatzmeisters ergab ein sehr zufriedenstellendes Bild über die finanzielle Lage der Ortsgruppe. Neben ernster Arbeit in mehreren ausgerlesenen Vorträgen kam auch die Geselligkeit zu ihrem Rechte. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Oberzollsekretär Beyer, zum Stellvertreter Postzollsekretär Belowski, zum 1. Schriftführer Mittelschullehrer Niedbaur, zum stellvert. Fr. Petan, zum 1. Schatzmeister Postassistent Gunft, zum stellv. Zollbetriebsassistent Niedbaur, zu Beisitzern die Herren Reichle, Meissch, Semrau, Behnke, Pawlik und Fr. Drusznits. Das Amt des geistlichen Beirats übernahm Bilar Mirau.

## Hinweise.

In Millionen unschuldiger Kinderherzen schlägt am bevorstehenden Weihen Sonntag der

### göttliche Kinderfreund

eine eucharistische Wohnung auf. Großen Herzen bereiten die Eltern ihre Kinder darauf vor. Voll weinen Erinnerns stehen andere am Grabe ihres allzu früh verstorbenen Kindes, das in diesem Jahre ebensfalls zu diesen Glückschicksalen zählen würde. Wir aber gedenken gläubigen und demütigen Herzens unseres eigenen Weihen Sonntags. Haben wir gehalten, was wir dem Heilande damals so fest und feierlich versprochen? Wer bleibt frei von Schuld vor ihm, dem Allerheiligsten? — Erneuern wir daher unsere Vorläufe und erstreuen wir den göttlichen Kinderfreund an diesen Tage durch ein besonderes Opfer zugunsten der Waisenhäuser und Schulen der katholischen Heidenmission. Ted Gabe, gleichgültig, ob sie groß oder klein ist, wird dankbar angenommen. Wer jedoch alten Brauch entsprechend, wenigstens 21 RM. zahlt, möge gleichzeitig den Namen angeben, den ein zu tausend Heidenkind erhalten soll. Derartige Missionssachen erhitzen herzlich und dringend das

Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung in Aachen.

Päpstliches Kontor Köln 14 874.

Kein Geld in gewöhnliche Briefe legen.

**Besucht die Ausstellung der Kath. Jugend Danzigs und den heutigen Lichtbildervortrag „Sturmharttressen in Koblenz“, „Feuer von Trier“ abends 8 Uhr im großen Saale des St. Josephshauses.**

**Eintritt frei!**

Vereins, konnte der Einzug in das neue Heim erfolgen, nachdem in einer kleinen, schlichten Feier am 18. Mai 1927 die Weihe des Hauses erfolgt war. Beim Einzug in das Haus waren 28 Pfleglinge vorhanden. Aus dem Diakonissenkrankenhaus wurden im Laufe des Jahres 18 Pfleglinge in das neue Heim verlegt, womit die Gesamtzahl der Pfleglinge auf 46 stieg.

Im Laufe des Jahres 1928 zeigte sich, daß die im Heim vorgelebten Räume, in denen etwa 50 Pfleglinge untergebracht werden konnten, für die weitere Entwicklung nicht ausreichten. Mit Rücksicht hierauf und in Abrechnung der Notwendigkeit, bei einem weiteren Ansteigen der Pfleglingszahl auf dem Heimgrundstück in getrennten Gebäuden besondere Räume für Krankenbehandlung und für Werkunterricht zu schaffen, beauftragte der Vorstand den Vorstand, beim Senat wegen Überlassung von Gelände vorstellig zu werden.

Die Verhandlungen mit dem Senat über den Ankauf des benachbarten, früher Steppuhnjchen Grundstücks wurden im Jahre 1930 zum Abschluß gebracht. Als nun am 2. April 1931 ganz plötzlich und unerwartet Professor Dr. Jastrow starb, in dessen Hand bis dahin die ärztliche Verpflegung der Heiminsassen gelegen hatte, entschloß sich der Vorstand mit Zustimmung des Senats, die bisher bestehende Verbindung beibehaltung der ärztlichen Versorgung mit dem Diakonissenkrankenhaus zu lösen. Dr. Alfred Schulz wurde die ärztliche Leitung vom 1. Juli 1931 ab übertragen, und anschließend daran ein bisher nicht vorhandenes Operationszimmer mit dem dazu gehörigen Warzimmers eingerichtet.

In dankbarer Würdigung des Verdienstes der beiden Gründer des Vereins beschloß der Vorstand am 17. Februar 1932, dem Heim den Namen Weigel-Storp-Heim zu geben.

## Aus dem Kreise Danziger Niederung.

Die Schülerzahl an der achtklassigen Volksschule in Stutthof ist in letzter Zeit derartig gestiegen, daß eine neue Klasse nötig wurde. Mit Beginn des neuen Schuljahrs ist daher die neunte Klasse eingerichtet worden. Da auch die Zahl der Lehrkräfte nicht mehr ausreichte, hat der Senat, Abteilung für Schulen, auch eine neue Lehrstelle zu schaffen und auf dieselbe den Lehreramtskandidaten Bruno Fritz aus Danzig berufen. Ferner hat der Senat den Lehrer Leichmann von Bodenwinkel nach Weichselmünde bei Danzig versetzt.

## Polizeiliche Durchsuchung bei der „Derop“

CRB. Berlin, 24. April. Das Verwaltungsgebäude der Derop (Deutsche Betriebsgesellschaft für russische Deliktprodukte A.G.) wurde am Montag von einem großen Polizeiaufgebot besetzt, das eine mehrere Stunden dauernde gründliche Durchsuchung der Räume vornahm. Besonders eingehend kontrolliert wurden auch die Personalien der Angestellten. Der Direktion wurde im Verlaufe der Durchsuchungsaktion die Mitteilung gemacht, daß auf Anordnung des Preußischen Innenministeriums ein Kommissar für die Derop eingesetzt werden sei. Aufgabe dieses Kommissars wird es in erster Linie sein, die Verwaltung wie auch die Angehörigkeit von kommunistischen Elementen zu reinigen. Im Verlaufe der polizeilichen Aktion sind bereits 20 deutsche Angestellte, die sich in kommunistischem Sinne noch in letzter Zeit betätigten hatten, in Gewahrsam genommen worden.

Wie die Polizei erklärt, hat die Durchsuchung in eindeutiger Weise bestätigt, daß innerhalb der Derop unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Interessen eine weiter verzweigte kommunistische, staatsfeindliche Betätigung stattgefunden hat.

Bürgermeister Dr. Menne beurlaubt.

Bischofsburg. Bürgermeister Dr. Menne ist beurlaubt worden.

Bitte, gehen Sie jetzt hinein. Hedwig, du bleibst bei dem gnädigen Fräulein. Der alte Schibalisti ist hier im Hause. Er soll bei den Mädchen in der Küche bleiben. Er ist ein vernünftiger Mensch und sehr ruhig. Ich laufe noch einmal ins Dorf.

Männer eilen über den Hof, tragen Laternen in ihren Händen und verschwanden in den Ställen.

Giesela hatte Hedwigs Hand nicht losgelassen.

„Wenn ich Ihren Mann nicht hätte.“

Hedwig suchte sie zu beruhigen.

„Es wird ja nur ein Gewitter sein und schnell vorübergehen. Aber mein Mann ist sehr vorsichtig und besonnen.“

Ein Blitz, dem augenblicklich ein Donnerschlag folgte, der alle Fensterscheiben erzittern ließ, zuckte auf.

In der offenen Tür seines Schlafzimmers stand Gerhard.

Er war nur notdürftig bekleidet, konnte sich allein noch nicht anziehen und hatte einen Mantel um seine Schultern gehängt. Seine Augen, in denen noch immer die überstandene Krankheit flackerte, hatten einen entsetzten Ausdruck.

„Geht die Welt unter?“

„Komm mit in Vaters Zimmer, wenn du doch erwacht bist.“

Die beiden Frauen führten ihn hinunter. Gestanden sie in den Klubstühlen, ihre Augen waren auf die Fenster gerichtet. Von Minute zu Minute nahm das Gewitter an Heftigkeit zu. Die furchtbaren Töne schwollen an. Es waren nun schon bald zwei Stunden vergangen, seit das Gewitter begonnen.

Jetzt war das Wüten der Natur so heftig, daß die Menschen, die hier tatenlos saßen, ihre eigenen Worte nicht verstanden.

(Fortsetzung folgt).

# Giesela ringt um ihr Erbe

Roman von Otfried von Hanstein.  
Urheberrechtsschutz durch Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz.

(Nachdruck verboten!) (28)

„Es war mir nur eine Freude, für Sie —“

Fran Hinz war leicht weich, besonders seit sie in Hellungen war. Es war ihr so neu, daß man gut zu ihr war. Giesela schloß sie in ihre Arme.

„Wir sollen zusammenhalten. Wir sind schließlich zwei Menschen, die auf andere Posten gestellt sind, als sie es sich gedacht haben. Wir passen trefflich zusammen, wir ergänzen uns gewissermaßen. Sie sind die geborene Hausfrau — ich muß meine weißlichen Instinkte verleugnen. Nachdem, was ich jetzt an Ihnen sehe, vermute ich, daß ich in der Tat eine recht miserable Gastgeberin gewesen wäre, wenn ich Sie nicht gehabt hätte. Auf recht herzliche Freundschaft, Giesela!“

„Bon ganzem Herzen, gnädige Frau!“

„Nein, das geht nicht; dann sagen Sie wenigstens Fran Giesela. Wir sind uns ja in jeder Weise gleich.“

„Wenn doch die anderen Damen so dächten wie Sie, es würde dann vieles anders werden!“

Giesela sah vor sich hin.

„Ich habe voraussichtlich morgen oder übermorgen einen sehr schönen Gong. Ich muß nach Hellolaiken. Wollen Sie mich begleiten, Frau Hedwig?“

„Sehr gern.“

„Es handelt sich um das Silber. Ich brauche notwendig Geld für den Ersten und muß das Silber haben. Ich weiß in solchen Dingen gar nicht Bescheid.“

Hedwig lächelte wehmütig.

„Ich kenne diese Gänge, ich habe sie am eigenen Leibe durchgemacht. Stück für Stück in das Leichhaus. Bei mir war es leider der Anfang vom Ende. Bei Ihnen ist das anders. Nur ein Nebengang zu besseren Seiten.“

Giesela stand am Fenster und sah ins Freie und sauste.

„Wer weiß?“

Fran Hinz trat dicht an sie heran. „Es ist so, Sie können sich darauf verlassen.“

„Woher wissen Sie das so genau?“

„Weil mein Mann davon glaubt und weil Sie Doktor Kernbach zur Seite haben. Warum schicken Sie ihm nicht das Silber? In Hellolaiken ist für so etwas nicht der Ort, und es spricht sich zudem herum.“

Giesela erschrak.

„Das kann ich auf keinen Fall.“

Hedwig las in ihren Augen, daß zum ersten Male fühlte sie, daß dieses junge Mädchen, das ihr in ihrem Wesen so männlich erschien, auch noch einen eigenen Kummer in seinem Herzen verbarg.

Giesela schloß den Schreibtisch ab.

„Kommen Sie noch einen Augenblick mit mir auf den oberen Balkon. Ich habe das Bedürfnis, noch etwas Lust zu schöpfen, und fürchte mich, an diesem Abend allein zu sein.“

Im oberen Stockwerk trat Hinz ihnen entgegen.

„Ihr Herr Bruder ist sofort eingeschlafen. Ich habe heute nachmittag mit dem Arzt gesprochen. Die Wunde ist besser geheilt, als er glaubte, er wird wieder vollständig gesund werden. Nur war der Tag heute für ihn zu viel. Ich gehöre jetzt noch einmal durch die Stallungen.“

Die beiden Frauen traten auf den Balkon hinaus. Von hier übersahen sie das ganze Gut und den See.

Über diesem stand schwer und drohend die schwarze Wand, wie sie Bildungen geschen hat, als er zur Stadt ritt. Blitze zuckten auf, die ersten Donnerschläge grollten durch die Stille der Nacht.

Giesela sah Hedwigs Hand.

„Es kommt ein schweres Unwetter.“

Hedwig nickte.

„Nach dem warmen Weiter der letzten Tage war das zu erwarten.“

Sie standen beide nebeneinander und schauten hinaus.

„Ich weiß nicht,“ sagte Giesela leise, „warum ich so ängstlich bin, ich habe doch schon viele Gewitter hier erlebt, aber mir ist, als hätte ich so etwas noch nie gesehen.“



## Hapag-Lloyd-Reorganisation

Keine entfesselte deutsche  
Großschiffahrt mehr?

## Wird das Reich subventionieren können?

Eine fehlende Expansions- und Konzentrationspolitik hat die deutsche Großschiffahrt an den Rand des Abgrundes gebracht, besonders nachdem die Weltwirtschaftskrise immer größeren Umfang annahm. Dieses Schicksal teilen Hapag und Lloyd mit den meisten Großreederei-Konzernen der Welt, nur besteht der entscheidende Unterschied, daß die deutsche Ozean-Schiffahrt nicht über die gleichen Reserven und Hilfsquellen verfügt wie die Reedereien anderer Länder.

Es hat nicht an gutem Willen gefehlt, die Lage der deutschen Großreedereien zu bessern.

Nicht die schlechtesten Köpfe der deutschen Wirtschaft und der deutschen Ministerialbürokratie haben sich um die Lösung dieses Problems bemüht. Gewisse Teilerfolge sind auch erreicht worden; aber zu einer endgültigen Reform an Haupt und Gliedern war es bisher nicht gekommen. Dazu waren die bürokratischen und partikularistischen Hemmungen zu groß. Die neuen Senate in Hamburg und Bremen haben bei ihrem Amtsantritt als ihre erste Aufgabe die Schaffung von sicherem Rentabilitätsgrundlagen für die deutsche Schiffahrt bezeichnet. Insbesondere nahm sich Bürgermeister Krogmann, selbst von Haus aus Reederei, dieser Frage an. Auf seine Anregung wurden Gutachten nicht nur der Hamburger und Bremer Regierung, sondern auch der Großreederie und der Reederverbände ausgearbeitet, die als Grundlage für die endgültigen Berliner Entscheidungen dienten sollten.

Nach ungefähr vierwochentlicher Arbeit liegt jetzt

## das Krogmann'sche Gutachten

auszugewiese vor. Es zerfällt in folgende Hauptpunkte: Ausgleich der Betriebsrechnung der Reedereien durch Zahlung einer staatlichen Prämie in Höhe der Differenz zwischen den eingefahrenen entwerteten Devisen und der Mark und Übernahme der gesamten sozialen Lasten der Reedereien auf das Reich. Ausgleich der Kapitaltechnik, durch Refinanzierung der amerikanischen Freigabe-Ansprüche der Reedereien durch die deutsche Regierung. Organisatorische Neugliederung der Großreedereien, durch Umgestaltung des Union-Vertrages, durch Verselbständigung der von Hapag und Lloyd kontrollierten und fusionierten Reedereien.

Wie man sieht, beschränkt sich der Krogmann'sche Plan nicht darauf, an Symptomen herumzukuttern, sondern

versucht, eine Neuordnung von Grund auf herbeizuführen.

Das Wichtigste ist zunächst, die Betriebsrechnung der Reedereien in Ordnung zu bringen. Wie man weiß, können die Großreedereien unter den gegenwärtigen Weltwirtschaftsverhältnissen kaum die laufenden Ausgaben ehrlich, geschweige denn irgend etwas für Abschreibungen erfüllen. Schuld daran ist zu einem wesentlichen Teil

das ungünstige Wettbewerbsverhältnis gegenüber den ausländischen Konkurrenz-Unternehmungen.

Überall in der Welt werden die Schiffahrtsgesellschaften von Staatswegen durch Subventionen unterstützt. Die deutsche Schiffahrt hat es bisher verschmäht, sich solchen Hilfen zu bedienen. Ihre Stellung wurde aber immer schwieriger, je mehr die Reedereien anderer Länder einen Konkurrenzvorsprung zusätzlicher Art durch Volatadumping gewannen. Auf denselben Märkten konkurrierten deutsche und englische Schiffe, wobei die englischen Reederei den Vorzug hatten, ihre

Ausgaben in entwerteter englischer Währung

machen zu können und infolgedessen auch in der Lage sind, mit Einnahmen in entwerteter Währung auszukommen. Die deutschen Gesellschaften müssen die Tarife der Konkurrenten halten, ohne die Ausgaben mit entwerteter Währung abzahlen zu können. Es ist deswegen nur folgerichtig, wenn der Krogmann'sche Plan dieser Benachteiligung der deutschen Gesellschaften ein Ende machen will und ihnen

von Staatswegen die Differenz zwischen den Einnahmen in entwerteter Valuta und Reichsmark-Einnahmen zu zahlen

vorschlägt. Ebenso folgerichtig ist es, wenn als Ausgleich für diese Prämienzahlung vom Krogmann gefordert wird, daß die deutschen Reedereien ihre gesamte Ausrüstung einschließlich der Kohlen in Deutschland zu kaufen haben. Auch die Übernahme der sozialen Lasten der Reedereien auf das Reich bedeutet nichts anderes, als eine Befreiung der Konkurrenzverhältnisse gegenüber den ausländischen Reedereien. Diese haben nämlich entweder gar keine oder nur erheblich geringere soziale Lasten aufzuzeigen.

**Abstieg in Danzig — Aufstieg in Gdingen.**

Der seewärtige Warenverkehr im ersten Vierteljahr 1933.

Die Entwicklung des seewärtigen Warenverkehrs über Danzig im 1. Vierteljahr 1933 im Vergleich zum gleichen Zeitraum der beiden letzten Vorjahren geht aus folgender Übersicht hervor. Es betrugen in Td.: Im 1. Vierteljahr 1931 die Einfuhr 142 010,7; die Ausfuhr 1 596 168,8; zusammen 1 738 179,5; im 1. Vierteljahr 1932 die Einfuhr 87 541,7; die Ausfuhr 1 259 580,3; zusammen 1 347 072,0; im 1. Vierteljahr 1933 die Einfuhr 96 875,9; die Ausfuhr 1 112 717,1; zusammen 1 209 593,0.

Dass diese Abwärtsentwicklung des seewärtigen Warenverkehrs relativ hoch ist, wird deutlich, wenn man zum Vergleich die entsprechenden Zahlen für den polnischen Staatshafen Gdingen heranzieht.

Es betrug im seewärtigen Warenverkehr über Gdingen in Td.: Im 1. Vierteljahr 1931 die Einfuhr 108 210,4; die Ausfuhr 877 600,8; zusammen 980 811,2; im 1. Vierteljahr 1932 die Einfuhr 46 687,8; die Ausfuhr 154 122,2; zusammen 1 000 809,8; im 1. Vierteljahr 1933 die Einfuhr 158 165,2; die Ausfuhr 1 106 293,0; zusammen 1 269 458,2.

Einem fortgesetzten Abstieg in Danzig steht demnach ein ununterbrochener Aufstieg in Gdingen gegenüber, dessen Güterumschlag denjenigen in Danzig im ersten Quartal dieses Jahres um rund 80 000 Td. überschritt, die fast völlig der Einfuhr über Gdingen ausweichen.

Natürlich fragt es sich, in welchem Umfang diese Zuflüsse aus Reichsmitteln gewährt werden sollen.

Hier wird der Reichsfinanzminister einen Ausgleich suchen müssen zwischen den Notwendigkeiten der Schiffahrt und den Möglichkeiten des Reichstags.

Durch diese Zuflüsse würde die laufende Betriebsrechnung der Reedereien zu ihren Gunsten verbessert werden. Die Kapitalrechnung selbst bleibt vor diesen Maßnahmen aber unberührt.

Man weiß, daß die deutschen Großreedereien nicht gerade sehr liquide sind.

Hier zeigen sich die Fehler der falschen Expansionspolitik besonders deutlich. Freilich verfügen die Reedereien über eine bisher ungemeine Reserve: Die Freigabe-Guthaben, die in den Bilanzen noch nicht einmal mit 1 RM. eingetragen sind. Mobilisiert man diese Ansprüche — es handelt sich bei Hapag und Lloyd um eine Summe von zusammen 180 Millionen RM., — so ist das Liquiditätsproblem der Großreedereien gelöst.

Der Krogmann'sche Plan läuft dann auch darauf hinaus, entsprechend schon früher erörterten Projekten, eine Refinanzierung dieser Ansprüche durch das Reich vorzunehmen. Die Reedereien treten die Amerika-Forderungen an den Föderus ab und erhalten dafür Reichsschuldbuchforderungen, die jederzeit liquidiertbar sind. Es ist zu hoffen, daß die amerikanische Regierung einer solchen vernünftigen Lösung keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Mit der finanziellen Rekonstruktion der deutschen Großreedereien ist es aber allein nicht getan. Hinzutreten muß

eine organisatorische Neugliederung von Hapag und Lloyd.

Der alte Union-Vertrag aus dem Jahre 1930, der eine Teilung der Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis von 50 : 50 vorsah, hat sich nicht bewährt. Die lokalen patriotischen Hemmungen, die Gegensätze zwischen den leitenden Persönlichkeiten von Hapag und Lloyd, die zunehmende Bürokratisierung des Reedereibetriebes haben ein segensreiches Wirken der Union mehr oder minder verhindert. Hier mußte, wenn nicht unübersehbare Schaden entstehen sollte, energisch durchgegriffen werden. Krogmann greift die in letzter Zeit erhobene Forderung auf Individualisierung der Linienfahrten der Großreedereien auf und schlägt vor,

dass Hapag und Lloyd nach den Grundlagen des Union-Vertrages künftig nur den Nordatlantik-Dienst gemeinsam betreiben sollen;

die übrigen Linien sollen von derjenigen Reederei bedient werden, die diese Dienste bisher wirtschaftlich am günstigsten durchgeführt haben. Zu diesem Zweck wird auch die Verselbständigung der von Hapag und Lloyd kontrollierten und der mit diesen beiden Gesellschaften fusionierten Reedereien gefordert. Diese

Ausbildung des Hapag- und des Lloyd-Konzerns kann sich aber, wenn nicht schwerwiegende Komplikationen entstehen sollen, nur schrittweise vollziehen, möglicherweise wäre, ob der gewünschte Effekt durch die Loslösung in einzelnen auch gewährleistet ist. Nichts wäre gefährlicher, als wenn gerade hier lokale patriotische Stimmungen die Entscheidungen beeinflussen würden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß zweifellos in gewisser Hinsicht der Krogmann'sche Plan eine geeignete Dispositionsgrundlage für die in Berlin zu führenden Endverhandlungen über die Neugliederung der deutschen Großschiffahrt darstellt. Es darf aber nicht vergessen werden, daß zum Gelingen aller Reformen auch eine personelle Erneuerung notwendig ist; die neu organisierte Großschiffahrt bedarf einer stärkeren Einheitlichkeit der Reederei-Persönlichkeit. Das ist bisher leider allzu lange übersehen worden, und hat mit zu den bisherigen Schwierigkeiten wesentlich beigetragen.

## Berliner Produktenmarkt.

Vom 25. April 1933.

Weizen 196—198; Mai 211; Juli 218—217½. Tendenz: fest. Roggen 155—157; Mai 168—167½; Juli 170½ bis 170½. Tendenz: unbestimmt. Braunerde 172—180; Futter- und Industriegerste 168—171. Tendenz: steigt. Hafer 127 bis 130; Mai 133½—134; Juli 140½—141½. Tendenz: fest. Weizenmehl, steigt 23—27½; Roggenmehl, steigt 20.60—22.60. Weizenkleie, steigt 8½—8.90. Roggenkleie, steigt 8.70—8.90. Bitterbohnen 20—23; Kleine Speisebohnen 19—21; Futterbohnen 18—15; Peluschen 18—14½. Aderbohnen 12—14. Biden 18—14½. Lupinen, blau 8½—9½; Lupinen, gelbe 11.80—12½. Geradella, neue 16½—18½. Leinöl 11. Erdnussflocken ab Hamburg 11. Erdnussflockenmehl ab Hamburg 11.40. Trockenknödel 8½. Extrahiertes Sojabohnenshrot ab Hamburg 10.00—10.10; Extrahiertes Sojabohnenshrot ab Stettin 10.60. Kartoffelsoden 13.50.

Letzte amtliche Notierung vom 24. April 1933.

## Danziger Getreidebörs.

Weizen, 128 Pfund, 22,00; Weizen, 125 Pfund, 21,50; Weizen, 118 Pfund, 20,25; Roggen, Export, 10,75; Roggen, zum Konsum 11,10; Gerste, keine 9,60—10,00; Gerste, mittel, 9,25—9,50; Gerste, geringe 9,00—9,10; Hafer 7,75—8,35; Bitterbohnen 18,00—17,00; Roggenkleie 6,40—6,50; Weizenkleie grobe 6,60—6,70; Weizenkleie 6,80 Gulden.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Mit dem 1. April 1933.

Weizen, 128 Pfund, 22,00; Weizen, 125 Pfund 21,50; Roggen 10,75—11,00; Braunerde 9,65—10,00; Futtergerste 9,00—9,50; Hafer 7,75—8,40; Bitterbohnen 18,00—17,00; Roggenkleie 6,50; Weizenkleie 6,70; Weizenkleie 6,80 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig.

Die Weizenmarktlage ist seit 128 Pfund Holl. wird 21,75—22,00 Gulden bezahlt. Roggen kostet 11,10 Gulden frei Danzig. Futtermittel ruhig.

April-Lieferung.

60 prozent. Roggenmehl 18,50 Gulden; Weizenmehl 0000 38,00 Gulden frei Bäckerei Danzig.

\* Das polnische Zuckerkontingent 1932/33. Durch Verordnung des Finanzministers im Einvernehmen mit dem Minister für Industrie und Handel, für Landwirtschaft und für Agrarreform wurde die Zuckerproduktion für die Kampagne 1932/33 mit 3 750 830 Doppelzentner festgesetzt. Das Grundkontingent beträgt 2 615 499 Doppelzentner, das Vorratskontingent (5 Prozent des Grundkontingents) 130 775 Doppelzentner und das Exportkontingent 2 779 308 Doppelzentner.



## Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bahn von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: 100.00 Reichsmark: 115—117; Dollarnoten 4,50—4,60.

Danziger Devisen 25. 4. 24. 4.

	25. 4.	24. 4.
Deutsche Anl.-Auslös.-Sch.	72,50	73,50
einschl. ½ Ablös.-Sch. Nr. 1—90 000		
Dtsch. Anl. Ablösungsschein	13,10	13,40
Commerz und Privat-Bank	53—	53,25
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellsch.	68—	69—
Dresdner Bank	61,50	61,50
Reichsbank	136,50	136,75
Hamburg-Amerika-Linie	20,125	20,25
Hamburg-Südamerika-Linie	—	40,25
Norddeutscher Lloyd	20,75	20,875
A. E. G.	30—	30,875
Berliner Kraft u. Lichtzentrale	106,25	104,75
Buderus Eisenwerke	71,625	71,375
Charlottenburger Wasserwerke	70,875	71,625
Dessauer Gas	108,50	109,—
Elektr. Licht und Kraft	104,875	106,—
I. G. Farbenindustrie	143—	143,25
Feldmühle Papier	71,75	73,—
Gelsenkirch. Bergwerk	68,375	68,875
Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co.	92,575	90,875
Th. Goldschmidt	58,75	58,625
Harpener Bergbau	98,875	100,—
Philipps Holzmann	57,75	58,875
Mannesmannröhren	75,25	74,75
Mansfelder Bergbau	30,75	31,25
Oberschlesische Kokswerke	79,—	78,625
Phönix Bergbau	46—	46,75
Rütgerswerke	52,50	52,575
Schuckert & Co.	104,375	104,875
Leonhard Tietz	27—	27—
Zellstoff Waldhof	52,75	52,25

## Berlinische Effekte.

In Danziger Gulden notiert 25. 4. 33 24. 4. 33

	25. 4.	24. 4.
Deutsche Anl.-Auslös.-Sch.	72,50	73,50
einschl. ½ Ablös.-Sch. Nr. 1—90 000		
Dtsch. Anl. Ablösungsschein	13,10	13,40
Commerz und Privat-Bank		

## Gegen eine fette Wahlente des Herrn Dr. Rühle

Wozu der Danziger Rundfunk missbraucht wird.

Der Rundfunk veranstaltete gestern von Danzig aus eine Sendung über das ganze Reich, über „Danzig als Erlebnis“, in der neben dem Präsidenten des Senats Dr. Siegmund auch Oberstudiendirektor Dr. Siegfried Rühle sprach, der es für kostspielig hielt, Steine auf die früheren Reichsregierungen zu werfen, um die gegenwärtige zu verherrlichen. Herr Rühle züglied sich bemüht zu behaupten, Danzig habe bisher einsam und verlassen dagestanden, die früheren deutschen Regierungen hätten Danzig nicht die Unterstützung und den Rückhalt gewährt, den es notwendig hatte, erst jetzt unter Hitlers Kanzlerschaft könne Danzig voll Hoffnung in die Zukunft blicken usw.

Wir müssen die unqualifizierten, unvahren und ungerechten Angriffe, die Herr Rühle sich bemüht fühlt, gegen die früheren deutschen Regierungen zu erheben, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Entweder ist es böswillige Verächtlichkeit m a ch u n g der früheren Regierungen durch Herrn Rühle zur Ehre seiner eigenen nationalsozialistischen Partei, oder aber es ist grenzenlose Unkenntnis all der Dinge, die sich zwischen Danzig und Deutschland und vor dem Forum des Völkerbundes in Bezug auf Danzig abgespielt haben. Wir wollen auf Einzelheiten nicht eingehen, wollen dieser fetten Wahlente aber von vornherein den Kopf umdrehen und Herrn Rühle nur bitten, sich beim Präsidenten des Senats Dr. Siegmund, der ja zudem unmittelbar vor ihm gesprochen hatte, über den wahren Sachverhalt zu erkundigen. Er dürfte dann, wenn er der Parteiverantwortlichkeit nicht ganz entheimt ist, sein Urteil gründlich revidieren und erkennen, daß Danzig von Deutschland allezeit und nach jeder Richtung die allerstärkste Unterstützung und Hilfe erfahren hat, und er dürfte auch erfahren, daß die Unterführung der Forderungen Danzigs bei den Völkerbundesinstanzen unter den früheren Regierungen Deutschlands hat wirkungsvoller gehehen können, als dies bis jetzt unter der gegenwärtigen der Fall gewesen ist. — Den übrigen glauben wir, daß es im Interesse Danzigs liegt, wenn derartige Wahlenten nicht auch noch durch den Danziger Rundfunk verbreitet werden, sonst würden wir uns unter Umständen gezwungen sehen, etwas deutlicher zu werden und die Tatsachen etwas sprechen zu lassen. Wir sind der Auffassung, daß jede deutsche Regierung alles in ihren Kräften Sichende getan hat und tun wird, um Danzig zu helfen, und daß es höchster Pflicht der Undankbarkeit ist — um keinen Ausdruck zu gebrauchen — die Regierungen für all die Hilfe, die man einstens mit höchstem Dank und mit Anerkennung angenommen hat, mit Steinen zu bewerfen.

## Ein Danzig-Buch auf der Weltausstellung in Chicago

Das deutsche Uswärtige Amt hat den Bürenverein der deutschen Buchhändler (Leipzig) beauftragt gehabt, unter der außerordentlich großen Zahl der erschienenen deutschen Bücher, die nicht rein speziellwissenschaftliche Fragen behandeln, 200 auszuwählen, die auf die in diesem Jahre stattfindende Weltausstellung nach Chicago geschickt werden. Der Bürenverein hat die Auswahl nun getroffen, und unter diesen 200 Büchern befindet sich auch das Buch des Hauptschriftleiters unserer Zeitung Franz Steffen: 4000 Jahre bewegten Danzigs Deutschtum, das im Verlag unserer Zeitung im Herbst vorjähriges erschienen ist.

## Demonstration gegen den Direktor des Ostimarkenrundfunks.

Königsberg, 25. April. Der Direktor des Ostimarkenrundfunks in Königsberg, Beyse, hatte unter Missbrauch seiner Amtsgewalt in einer Sendung ausfällige Bemerkungen gegen den Chefredakteur der nationalsozialistischen Preußischen Zeitung, Dr. Lau, verbreiten lassen. Daraufhin versammelte sich am Dienstag abend eine große Menschenmenge vor dem Gebäude der Rundfunkgesellschaft, die unter Entrüstungsrufen und Beifall zur Rechenschaft forderte. Um den Sendebetrieb zu sichern, wurde das Gebäude durch eine SA-Abschaltung besetzt. Es wurde festgestellt, daß Beyse nach Verabsiedlung der im Rundfunk gegen Dr. Lau gerichteten Bemerkungen sich gleichzeitig gegen Dr. Lau gerichtet. Nach Ansprache des Chefredakteurs Dr. Lau gingen die Versammlungen in völliger Ruhe aus. (Seine Rundfunkmitteilung hatte sich Beyse gegen Angreife verteidigt, die von der nationalsozialistischen „Preußischen Zeitung“ gegen ihn gerichtet worden waren. Er behauptete, diese Angreife seien völlig unberechtigt und hätten das Ziel, ihn in seiner Stelle — welche vom Chefredakteur der nationalsozialistischen Zeitung, Dr. Lau, erfrekt werde — unmöglich zu machen. D. Schriftleitung.)

## Ostimarkenflug der

### Weimarer Ingenieurschule

Die Teilnehmer der Weimarer Ingenieurschule am Ostimarkenflug, darunter der Chefpilot der Fliegerschule Weimar, Gert Achgelis, und Welfredo-Segelflugmeister Robert Kronfeld, ferner der Pressechef der thüringischen Landesregierung, Harald Werges, fanden gestern nachmittag um 5 Uhr in fünf Flugzeugen auf dem Stettiner Flughafen an, wo sie von Gauleiter Karpenstein begrüßt wurden. Die Flieger haben um 11 Uhr ihren Weiterflug nach Danzig angefangen und werden

voraussichtlich gegen 14 Uhr in Langfuhr ankommen.

Auf dem Flugplatz finden heute zwischen 16 und 17 Uhr Kunstflüge von Gert Achgelis statt, bei denen die Kapelle der Schupo konzertieren wird.

## Aus Schwerin den Tod gefunckt.

In der Nähe von Heubude wurde gestern eine männliche Leiche angetrieben. Wie sich herausstellte, handelt es sich bei dem Toten um den Landmesser Karl van Ho, aus Holland, der hier in der Sperlingsgasse wohnt. Er, der an Verfolgungswahnleid litt und stets einen niedergeschlagenen Eindruck machte, hat den Tod in der Ostsee gesucht.

## Sittlichkeitsverbrechen bei Ohra

Auf dem Wege von Krampnitz nach Ohra ist gestern gegen 17½ Uhr eine Frau überfallen und vergewaltigt worden. Der Täter, der Arbeiter Hugo Vo., ist auf der Flucht ergriffen worden.

\* Aus der Zentrumspartei ausgetreten. In jeder Partei gibt es Nebenläufer, Männer und Frauen, die je nach der jeweiligen politischen Konjunkturrichtung entsprechend ihre politische Gefinnung wechseln. Wie mitgeteilt wird, ist jetzt auch Studiendirektor Dr. Knurowski aus Neuteich aus der Zentrumspartei ausgetreten.

# Am 1. Mai „Feiertag der nationalen Arbeit“

## Beschlüsse der Stadtbürgerschaft — Um die Umbesetzung des Sparkassenvorstandes — Schärfere nationalsozialistische Angriffe gegen den Senat — Ein kommunistischer Stadtverordneter verhaftet.

Die gestrige öffentliche Sitzung der Stadtbürgerschaft hatte nur eine dreiviertelstündige Dauer. Gleich zu Beginn meldete sich der kommunistische Stadtverordnete Luhn zu Wort und teilte mit, daß sein Fraktionsgenosse Breitling auf dem Wege zur Stadtbürgerschaftssitzung der Polizei verhaftet worden ist. Der Redner beantragte, die Sitzung zu verlängern und in der Zwischenzeit den Alteisen ausschließlich zusammenzutreten zu lassen, um zu den „Reibergritten“ der Polizei Stellung zu nehmen. Die Beratung dieses Antrages wurde vom Vorsteher, Rektor Hoppe (Btr.), abgelehnt, da es sich um eine staatliche Angelegenheit handelt und die Stadtbürgerschaft infolgedessen hierfür nicht zuständig sei.

Nach Annahme einiger Wahlen zu Wohlfahrtspflegern und Schulvorständen trat das Haus in die Beratung eines nationalsozialistischen Antrages auf

### Umbesetzung des Sparkassenvorstandes,

in den nach dem Willen der Antragsteller Herr Greiser hinzugeholt werden soll. Bekanntlich haben sich die beiden Mitglieder des „Blods“, Preuschot und Rothaß, als Hauptvertreter der Nationalsozialistischen Fraktion angeschlossen. Auf Grund des nunmehr bestehenden Stärkeverhältnisses des „Blods“ zu den Nationalsozialisten müßte nach dem Verhältniswahlrecht der „Blod“ seinen Sitz im Vorstand der Städt. Sparkasse, den der Stadtrat, Preuschot, an die Nationalsozialisten abgeben, die dann über zwei Sitz verfügen würden.

Der Alteisen ausschuss hat sich mit Stimmenmehrheit auf dem Standpunkt gestellt, daß der Antrag der Nationalsozialisten auf Umbesetzung des Sparkassenvorstandes grundätzlich gerechtfertigt sei.

Der Senat sieht seinerseits auf dem entgegengesetzten Standpunkt

und hat dem Vorsteher mitgeteilt, daß er eine Neuwahl zum Vorstand der Sparkasse nicht dulden werde und eine entsprechende Haltung der Stadtbürgerschaft als im Widerstreit mit den gesetzlichen Bestimmungen stehend ansehen müsse. Das Vorstandsmitglied der Sparkasse, Direktor Bittner, gab in der gestrigen Sitzung noch einmal die Stellungnahme des Senats bekannt, der in seiner Erklärung auf die in Kürze bevorstehenden Wahlen und die damit ohnehin zwangsläufig bedingte Neubesetzung des Sparkassenvorstandes hinwies. Der Senat werde es auf jeden Fall verhindern, daß ein evtl. von der Stadtbürgerschaft gewähltes Mitglied den Sitzungen des Sparkassenvorstandes bewohnen werde.

Die Stellungnahme des Senats rief den nachdrücklichen Protest der nationalsozialistischen Fraktion hervor. Ihr Sprecher, Eggert, erklärte das betreffende Schreiben des Senats für rechtsgültig, da es entgegen den einschlägigen

Bestimmungen weder von dem Präsidenten noch von dem Stadtrat unterschrieben worden sei. Besonders scharf wandte sich der nationalsozialistische Stadtrat Luhn gegen die ablehnende Haltung des Senats, die er als „Freiheit“ bezeichnete. Er erhielt wegen dieses Ausdrucks und des Vorwurfs „ungesetzlicher Vorordnung“ vom Vorsteher zwei Ordnungsstrafe. Der Stadtrat Preuschot, der bekanntlich seit längerer Zeit bereits eine eigenartige Rolle im Stadtparlament spielt, erinnerte bei dieser Gelegenheit an

ein seitens des Senats in der Tagespresse angezeigtes Strafverfahren,

das gegen P. wegen einer beleidigenden Redewendung gegenüber der Sparkasse eingeleitet werden sollte. Herr Preuschot gab nunmehr mit dem Ausdruck der Freude bekannt, daß er bisher noch von seiner Seite die Benachrichtigung über die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens erhalten habe.

Bei der Abstimmung entschieden sich 20 Stadtvorordnete für die Stellungnahme der Nationalsozialisten, während sich die übrigen Mitglieder des Hauses der Stimme enthielten. Die Stadtbürgerschaft hat sich damit der von den Nationalsozialisten vertretenen Auffassung angeschlossen.

Die Senatsvorlage auf Erweiterung des Schaltshauses der Städte, Elektrizitätswerks gelangte ohne Widerspruch zur Annahme. Das Haus beriet dann über einen nationalsozialistischen Antrag auf Abgabe von vier billigem Benzol an die Fischer. Der Antrag mußte erst eine geistige einwandfreie Form erhalten, ehe über ihn zur Abstimmung gebracht werden konnte. Stadtrat Bergmann (Btr.) brachte unter Hinweis auf die Not der Fischerfamilien sein Einverständnis mit dem abgeänderten Antrag zum Ausdruck, worauf er einstimmig angenommen wurde. Danach können die in der Stadtgemeinde Danzig wohnenden Fischer verbilligtes Benzol erhalten.

Zum Schluß der Versammlung gelangte ein von den Nationalsozialisten eingebrachter und von den Sozialdemokraten erweiterter Dringlichkeitsantrag mit den Stimmen des Zentrums zur Annahme, nach dem der kommende 1. Mai für die städtischen Betriebe und jährliche Verwaltungen der Stadtgemeinde Danzig als „Feiertag der nationalen Arbeit“ gilt.

\*

An Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Rektor Lehmann und Lehrer Omanowski sind die listenmäßigen Nachfolger Helmuth Leschner und Geschäftsführer Paul Erdmann neu in das Stadtparlament eingetreten.

## Oberbürgermeister Lewerenz weist nationalsozialistische Angriffe zurück

### Personliche Vorwürfe des N.S.D.A.P.-Ortsgruppenleiters Bäser.

Der Ortsgruppenleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei in Zoppot, Lehrer Bäser, hat an Oberbürgermeister Dr. Lewerenz in Zoppot ein persönlich gehaltenes Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Mir ist durch das Kurhausbüro mitgeteilt worden, daß Sie die Genehmigung für die Nutzung des Roten Kurhausaales für den 26. Mai nicht erteilt haben, trotzdem der Saal für uns seit Wochen gemietet ist. Der Saal soll angeblich von Ihnen eingerichtet in Ihrer eigenen Partei, den Deutschnationalen, ohne daß Sie von Herrn Koch den Saal gemietet haben, zugesagt worden sein.“

Sie haben mit dieser Handlungswise der ganzen Danziger Bevölkerung gezeigt, daß Sie nicht unparteiisch Ihr Amt bekleiden. Wir Nationalsozialisten halten diese amtliche Handlung für eine üble Wahlrede.

Und machen Sie für die Folgen, die hieraus entstehen, persönlich haftbar. Am 26. Mai sind wir Nationalsozialisten im Roten Kurhausaal und hoffen, daß Sie dort persönlich Ihre Handlungswweise verteidigen.“

Ich erwarte bis morgen Nachmittag ihre endgültige Stellungnahme. Die Nationalsozialisten Zoppots danken Ihnen, daß Sie so klar und deutlich Ihre Einstellung uns gegenüber unter Beweis gestellt haben.

ges. Paul Bäser, Ortsgruppenleiter.“

Die Antwort des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Dr. Lewerenz hat dem Lehrer Bäser in folgendem Schreiben geantwortet:

Auf Ihr Schreiben vom 24. 5. M. habe ich Ihnen folgendes zu erwidern:

Unter dem 8. April d. J. beantragte der Kurhauspächter die Freigabe des Roten Kurhausaales für Wahlversammlungen der NSDAP, am 24., 25. und 26. Mai d. J. Nachdem er angeblich die Partei ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß die Tage vorher nicht nur den Roten Kurhausaal, sondern auch alle anderen für die Stadtverwaltung abhängig sei. Einige Tage später kam ein Schreiben der Deutschnationalen Volkspartei beim Magistrat ein, in welchem Befürchtungen darüber erhoben wurden, daß die Ortsgruppe Zoppot der NSDAP in der Woche vor dem Wahlversammlung einen Vorwurf einer partizipativen Amtshandhabung machen würde.

Den von Ihnen ohne Kenntnis des Sachverhalts leichtfertigerweise erhobenen Vorwurf einer partizipativen Amtshandhabung muß ich daher entkräften, um Ihnen zu zeigen, daß Sie nicht aus schließlich einer Partei, sondern auch anderer Parteien zur Verfügung gestellt würden.

Diesem Gesichtspunkt hat der Magistrat dem Antrage der NSDAP auf Zurverfügungstellung des Saales am 24. Mai d. J. nicht entsprochen, vielmehr den Roten Kurhausaal für diesen Tag — ebenso wie für den 25. und 26. Mai 1933 — der NSDAP überlassen.

Andererseits war es Pflicht des Magistrats als obige Verwaltungsbehörde, in vollem Umfang unwahr

ist. Den von Ihnen ohne Kenntnis des Sachverhalts leichtfertigerweise erhobenen Vorwurf einer partizipativen Amtshandhabung muß ich daher entkräften, um Ihnen zu zeigen, daß Sie nicht aus schließlich einer Partei, sondern auch anderer Parteien zur Verfügung gestellt würden.

Ich stelle hierin fest, daß die von Ihnen aufgestellte Behauptung, der Saal sei ohne vorherige Miete von mir eigenmächtig den Deutschnationalen zugestanden worden,

ist. Den von Ihnen ohne Kenntnis des Sachverhalts leichtfertigerweise erhobenen Vorwurf einer partizipativen Amtshandhabung muß ich daher entkräften, um Ihnen zu zeigen, daß Sie nicht aus schließlich einer Partei, sondern auch anderer Parteien zur Verfügung gestellt würden.

sowohl der Magistrat wie auch ich persönlich im Rahmen des Möglichen stets Rechnung getragen und ihr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben.

Im Interesse einer richtigigen Darstellung des Sachverhalts in der Öffentlichkeit habe ich Ihr Schreiben an mich und dieses Antwortschreiben der Presse übergeben.

ges. Dr. Lewerenz, Oberbürgermeister.

## Englisch-amerikanische Einigung

Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni.

Washington. Roosevelt und MacDonald sind über eingekommen, bei 12. Juni zum Eröffnungstag der Weltwirtschaftskonferenz zu bestimmen. Man glaubt Werner zu wissen, daß in Verlaufe der englisch-amerikanischen Unterhaltungen eine allgemeine Basis für ein Einverständnis über die Stabilisierung der Währungen gefunden werden ist. MacDonald und Roosevelt kamen weiter zu einer Vereinbarung über die Frage der Schulden zwischen beiden Ländern.

Die englischen und französischen Sachverständigen hatten Dienstag abend eine zweistündige Konferenz, auf Grund deren sie Roosevelt und Herrriot Bericht erstatteten. Wie es heißt, ist Roosevelt dafür, die französische Sicherheit in der Weise zu gewährleisten, daß sich die Vereinigten Staaten verpflichten, mit den anderen Unterzeichnern des Kellogg-Pakt in Beratungen einzutreten, falls der Pakt verletzt werden sollte. Nach dem Abendessen hatten Herrriot, MacDonald und Roosevelt eine mehrstündige vertrauliche Aussprache. Herrriot gewann in dieser Aussprache den Eindruck, daß Roosevelt im allgemeinen dem Plan MacDonalds zustimme und den Kellogg-Pakt im Sinne einer ausdrücklichen Garantie gegen Angriffe, die zum Kriege führen können, ergänzen wolle.

Von sehr maßgebender Seite verlautet, daß Roosevelt aufrichtig nach Mitteln sucht, um die Vereinigten Staaten in die internationale Befreiungen zur Verhinderung aggressiver Handlungen einzuhalten. Roosevelt soll auch den Waffen haben, eine dauernde internationale Rüstungskontrolle zu schaffen, die einen Bestandteil des vorgelegten Abflügungsvertrages bilden würde. Die Kontrolle sollte nicht nur gelegentlich in die Ercheinung treten, sondern dauernd, beweglich und sachverständlich sein. Sie sollte ihre Verhandlungen dort vornehmen, wo die Umstände es erfordern. Die Aussage Roosevelts ist aus französischer Seite mit oligomeiner Befriedigung aufgenommen worden.

## Beträchtlicher Abgang von Gold und Devisen bei der Reichsbank

Der Reichsbankausweis vom 22. April.

Berlin. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 22. 4. 33 hat sich in der verlorenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecls, Lombards und Effekten um 155,2 Millionen auf 3263,8 Millionen RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecls um 125,6 Millionen auf 2870,6 Millionen RM., die Bestände an Reichsbachwechseln um 25,8 Millionen auf 6,2 Millionen RM., die Lombardbestände um 3,2 Millionen auf 68,9 Millionen RM. und die Effekten um 317,9 Millionen RM. abgenommen.

An Reichsbanknoten und Reichsbankseiden zusammen sind 157,2 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 144,8 Millionen auf 3278,2 Millionen RM., derjenige an Rentenbanknoten um 12,9 Millionen auf 388,7 Millionen RM. verringert. Der Umlauf an Scheidebriefen verringerte sich in der Berichtswoche um 94,1 Millionen auf 1874,8 Millionen RM. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 35,3 Millionen RM., diejenigen an Scheidebriefen unter Berücksichtigung von 0,8 Millionen RM. Neuauflagen auf 900,6 Millionen RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 372,1 Millionen RM. eine Zunahme um 12,1 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 17,8 Millionen auf 512,6 Millionen RM. vermindert.

Im einzelnen haben die Goldbestände um 14,8 Millionen auf 407,1 Millionen RM., die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 3,5 Millionen auf 104,9 Millionen RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 22. April 15,6 Prozent gegen 15,5 Prozent am 15. April d. J. Nach Abzug der noch bestehenden kurzfristigen Devisenverpflichtungen in Höhe von 45 Millionen Dollar stellt sich die Deckung auf 9,9 Prozent gegen 10,0 Prozent am Ende der Vorwoche.

## Die Schweiz bleibt bei der Goldwährung.

Bern. Der Schweizer Bundesrat hat sich in seiner Sitzung mit der Aufgabe der Goldwährung durch die Vereinigten Staaten befaßt. Die Beratungen haben ergeben, daß die amerikanischen Ereignisse die Währung der Schweiz in keiner Weise berühren und daß die Schweiz bei der Goldwährung bleiben werde.



# Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1  
62-002 Suchy Las

[www.digital-center.pl](http://www.digital-center.pl)

[biuro@digital-center.pl](mailto:biuro@digital-center.pl)

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**

**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance  
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**